

Er scheint täglich außer Montag, Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der West-Preuss. Preisliste für 1891 unter Nr. 640.

Inserations-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Aufsicht: Amt VI, Nr. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 23. September 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Ein kgl. preussischer Ober-Konfistorialrath über die Vertheuerung der Lebensmittel.

Geistlichkeit und Junkerschaft halten gemeinlich treu zusammen, und der eiservoile Schwung, mit welchem die talarirte Reaktion ihre Sache vertritt, zeigt am besten die innige Gemeinschaft der Interessen. Feudalherr und Pastor, Pietisterei und Ritterthum sind wahlverwandt, und Herr Stöcker ist eine typische Erscheinung, ein Gattungsbegriff, wie er klarer und verständlicher nicht zu denken ist. Wenn die Beutezüge der modernen Herren vom Steigreis nicht die Weihe der Stillen im Lande erhielten, so wären diese Unternehmungen nicht halb so anmuthig, und es ist ein erhebendes Bewusstsein für die Rökerte, Lüderke und sonstige Aristokraten, die „in der Mark saßen, ehe die Hohenrollern dorthin kamen“, wenn der Getreidewucher der Schutzollvergünstigten von der Klerisei mit freundlichem Schmünzeln gebilligt wird. Es ist nicht minder einleuchtend, daß die guten Hirten taub sind für die Klagen der Armen, welche unter dem Drucke der Lebensmittelscholle seufzen, und daß sie ihr Auge schließen vor dem Anblick der Schäden, die das moderne Fabrikssystem gezeitigt hat. Das Unternehmertum, mag es Schnaps brennen oder Schienen sicken, weiß diese Nebenrolle nicht zu schätzen, welche die sittliche Entartung über die Sittenlosigkeit der „niederen Stände“ mit löblicher Toleranz gegen die oberen Zehntausend vereinigt.

Tritt dann ein jugendlicher Schwärmer auf den öffentlichen Markt und verkündet, ein Marquis Posa der Theologie mit lauter Stimme, offen und ehrlich, was er gesehen und erlebt in sich und mit Anderen, als er etwelche Monate den Fabrikarbeiter gespielt, so ist das Schicksal solch eines Paul Göhre besiegelt. Man erinnere sich, mit was für verlegenem, süßsaurem Lächeln die würdigen Organe der Rechten und der Schlotbarone, vom „Reichsboten“ bis zum westfälischen Grubenblatte, das verhängnisvolle Buch Göhre's begrüßten. Und je tiefer der Eindruck war, desto nachdrücklicher schallten und zeternten die geliebten Gottesmänner über diesen Revolutionär im Kandidatenrock. Denn ein Revolutionär dünkt ihnen Jeder, welcher den Muth hat, die Uebel der heutigen Wirtschaftsweise anzuerkennen, gründlichen Arbeiterschutz zu fordern und der Geistlichkeit, welche dem Volke durchaus fremd und nur zu oft feindlich gegenübersteht, einmal gerade heraus die Wahrheit zu sagen.

Der innige Zusammenhang zwischen den Mächtigen dieser Erde und denen, welche doch nach ihrer Meinung

berufen sind, der Mühseligen und Beladenen sich anzunehmen, ist eine historisch begründete und erklärbare Erscheinung, über welche zu streiten kaum Jemandem befallen dürfte. Um so erfreulicher ist es, wenn nicht bloß die stürmische Begeisterung eines jungen Kandidaten Damm und Deich der heiligen Ordnung niederreißt, sondern wenn auch gereifte Männer in Amt und Würden, wenn hochgestellte Geistliche den Muth finden, der Armen und Elenden Fürsprecher zu sein und mit einer Wärme, die von aller höfischen Glätte und Doppeltzungigkeit frei ist, gegen die Belastung der breiten Massen des Volkes ihre Stimme zu erheben.

Das Verdienst, das durch dieses Vorgehen unstreitig erworben wird, wiegt für einen Mann aus diesen Kreisen dreifach schwer, da der Mann, welchen wir sogleich selbst zu Worte kommen lassen wollen, sich unmittelbar an den Herrscher gewendet hat, unbeirrt von Schrayenrückichten und ohne Scheu vor dem korybantischen Lärm der in ihren heiligsten Gefühlen verwundeten Aristokratie. Gerade jetzt, da die Theuerung uns bedrückt, und die obersten Diener des Staates es für vereinbar mit dem Gemeinwohl halten, die Privilegien des Großgrundbesitzes zu wahren, indes der Hunger die kleinen Leute heimjucht, gerade jetzt, da das „warme Herz“ des Herrn v. Caprioli sich erfolgreich sträubt gegen den Fall der Getreidezölle, ist der Mahnruf des Wackers willkommen, der das Ohr des Regenten zu finden wußte.

Der Geistliche, ein königlich preussischer Oberkonfistorialrath, Probst und Mitglied an der königlichen Akademie der Wissenschaften, hat die Schrift, auf welche sich unsere Bemerkungen beziehen, dem preussischen Könige gewidmet, und diese Widmung ist angenommen worden. Der Verfasser sagt nun:

„Die Verarmung des Volkes muß aufs äußerste verhütet werden. Diese wird aber verursacht, wenn man erstens die Preise der nothwendigen Lebensmittel, deren ein jeder bedürftig ist, steigen läßt, so hoch sie mögen und können, ja wenn man die Steigerung gar noch vorsätzlich befördert; zweitens wenn man die Auflagen auf das Volk willkürlich und ohne ein richtiges Verhältniß erhöht. Dadurch kann es leicht geschehen, daß der sonst hundert Thaler Einkünfte gehabt, nur fünfzig und weniger behält. Er wird wirklich ärmer gemacht. . . . Es ist wahr, die Einkünfte des Staates können durch willkürliche Auflagen vergrößert . . . werden. Es ist aber nur ein gegenwärtiger und scheinbarer Reichtum, der wirklich zur Verarmung führt. Was man jetzt gewinnt, das verliert man in der Zukunft auf die empfindlichste Weise. Das sind also nur schlechte

Räthe, die auf nichts als auf . . . Vergrößerung der Steuern und Steigerung der ersten und nothwendigen Lebensmittel denken. Der Schaden läßt sich leicht stiften, aber langsam wieder erheben. Derjenige Fürst handelt kluglich, der . . . die Lasten seiner Unterthanen eher zu erleichtern, als zu häufen strebt, und der die Armen, die den größten Haufen des Volks ausmachen, nicht aus falscher Politik ärmer, sondern reicher zu machen, wenigstens ihnen das, was sie wirklich haben, nicht heimlich zu entziehen sucht. Derjenige regiert weislich, der ein wahrer Vater des Volkes und der Armen zu werden sich bemüht.“

Der erfreuliche, schlichte Freimuth dieser Worte sticht scharf ab gegen die verlogenen Kapriolen, welche unsere Orthodoxie Angesichts des herrschenden Nothstandes schneidet. Die Dinge beim rechten Namen zu nennen und sich an die Adresse des Regenten selber zu wenden, ist ein Wagniß, zu welchem die Stöckerei und Muckerei sich nicht aufzuraffen vermag. Finden sich Eingänger, die von der breiten Heerstraße abweichen und trotz ihrer Wäffchen mit dem Volke zu fühlen und zu denken verstehen, so gebührt es sich, daß man sie an den Pranger stelle und mit wurmstichigen Aepfeln bewerfe.

Paul Göhre hat dies bereits in reichem Maße erfahren, und er wird noch lernen, daß es gefährlich ist, vom Baume der Erkenntniß zu essen und das Erlannte kund zu thun. Thut er nicht in Sack und Asche Buße, sondern geht er auch fürder weiter auf diesem Wege, dann wird ihm seine theologische Haut bald zu eng werden. Den Anderen jedoch, der seinen Appell unmittelbar an den König hat richten dürfen, kann der schwarze Klängel nicht antauchen.

Mag man ihn hassen und verlästern, sie können ihm nichts anhaben, daß er so keherische Ansichten hat von der göttlichen Ordnung.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. September.

In Bezug auf die geplanten Mehrforderungen für Militärzwecke beobachtet die Regierungspreffe — denn eine solche besteht wieder trotz aller Ablenkungen — ein unheimliches Schweigen. Da man in derartigen Dingen bei uns nicht gerade verschämt ist, so muß aus dem Schweigen der Schluss gezogen werden, daß die geplanten Mehrforderungen sogar den Männern der Regierung sehr hoch beängstigend, erscheinen.

Während Charlotte in die Küche ging, um für den jungen Lehrling ein Glas Wein, Brot und ein Stück Käse zu holen, und während die Mutter Michels sich von Neuen über ihren Sohn gebeugt hatte und ihm sanft die schweißtriefende Stirn trocknete, näherte sich Deshommes dem Mijoulet und flüsterte ihm einige Worte ins Ohr, welche den Letzteren erzittern machten. Dann trat er einige Schritte zurück und nahm seine gleichgültige Haltung an; seine Augen jedoch hatten einen schrecklichen Ausdruck.

Charlotte hatte die bescheidene Mahlzelt schnell auf den Tisch gesetzt und Mijoulet an demselben Platz genommen.

Er hatte rasch gegessen und getrunken. Zehn Minuten darauf erhob er sich, nahm seine Flinte und Patronentasche und stolperte eiligst die Treppe hinunter. Als er sich auf der Straße befand, war er wie umgewandelt. Er sah ernst aus, wenn auch nicht gerade feierlich und jedes Lächeln war von seinem höhnischen Munde gewichen. Man fühlte, er hatte eine schwere Mission, eine drückende Verantwortlichkeit; er war auf einmal zum Manne gereift.

Er lenkte seine ersten Schritte nach der Barrikade, die sich in der Rue Saint-Severin erhob und dieselbe in der Höhe eines Stockwerks quer durchschnitt.

Es befanden sich dort etwa 12 Kämpfer; einige schliefen auf Stroh, andere plauderten und aßen. Er trat zu ihnen heran und sagte:

— Bürger, Ihr müßt aufstehen und mit mir gehen. Hier giebt es nichts mehr zu thun. Die Truppen haben das linke Ufer geräumt und werden nicht mehr wiederkommen.

Ihr habt Flinten und Patronen; es handelt sich darum,

Feuilleton.

Radbrand verboten.)

[23]

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz.

Als Deshommes wieder zu sich gekommen war, war er Vermaßen bestürzt, daß er unfähig war, Charlotten, die an seinen Hals flog, zu antworten, mit ihr zu sprechen oder das Wort an Michel Ferrand zu richten, dem er einfach die Hand gedrückt hatte, ohne ihn anzusehen.

Er wußte also nicht, was aus Larivette geworden war, und fragte sich verwirrt, ob sie wohl die Zeit gehabt hatte, alle ihre Bouquets zu vertheilen, d. h. alle die zu benachrichtigen, welche handeln sollten.

Und dann wollte er, der jetzt sich allmählig erholte, vor allen Dingen wissen, was aus der Bouquet-Verkäuferin geworden war, die sich stets so hingebend gezeigt und der Sache so viele Dienste geleistet hatte, indem sie, ein Lächeln auf den Lippen, den größten Gefahren trohete.

Mijoulet hatte leise sein Gewehr in den Winkel des Zimmers gestellt und das Vandelier abgelegt, welches ihn am Hüften hinderte.

Er fühlte, daß seine Bewaffnung ziemlich schwer war, und daß ihm die Schulter schmerzte, insolge des im Verhältniß zu seinem zart gebauten, schwächlichen Körper ungewohnten Gewichtes des Gewehres.

Bei der Frage Deshommes' erhob er sich von dem Stuhle, auf welchen er sich ermüdet gesetzt hatte.

— Herr Deshommes, Larivette ist in der Pitis und befindet sich in einem guten Bett.

Der Arzt hat geäußert, sie würde bald geheilt sein; morgen werde ich sie besuchen.

Einstweilen stehe ich Ihnen zur Verfügung, was soll ich thun? Sie können auf mich rechnen.

— Ich weiß es, lieber Freund, versetzte Deshommes; ich will Dir einen Auftrag geben, der Vertrauen erfordert und gefährlich ist.

Die anderen kämpfen zerstreut in Paris und ich habe nur Dich bei mir.

Du sollst also folgendes thun. Du wirst nach den Barrikaden gehen, die sich in der Umgegend befinden, und allen denen, die hinter denselben auf dem Anstand liegen, sagen, daß die Linientruppen nicht mehr vorrücken werden, um sie hier anzugreifen, daß sie darum den Kameraden helfen sollen, welche sich bei den Tuilerien schlagen.

Dort ist der Kampf heiß, dort wird die Regierung ihre letzte Schlacht schlagen, wird ihr Widerstand ein verzweifelter sein.

Du wirst allen sagen, daß Du von Marche-Seul kommst, man wird Dir dann folgen.

Deshommes wollte weiter sprechen, aber er sah Charlotte, welche den Kopf nach ihm hinwandte und ihn entsetzt anstarrte, neben Madame Ferrand, die das Bett ihres Sohnes verlassen hatte und aufmerksam zuhörte.

Er sah menschlichen und verwirrt aus, aber diese Unentschlossenheit und Verwirrung verließen ihn bald.

Mit ruhiger Stimme sagte er hinzu:

— Du wirst ein Glas Wein zu Dir nehmen, Mijoulet, in aller Eile ein Stück Brot essen und dann Dich schleunigst auf den Weg machen; ich verlasse mich auf Dich.

Fehlt es aber an direkten Mittheilungen, so haben wir desto mehr indirekte Andeutungen und Ausführungen. Man muß nur die Artikel der Regierungspresse über die jüngsten großen Manöver und über die allgemeine politische Lage mit einiger Kritik lesen. So ziemlich aus jeder Zeile springt uns der Gedanke entgegen: „Unsere Armee, unsere Armeebewaffnung, unsere ganzen Armeeeinrichtungen sind vorzüglich, das non plus ultra nach dem bisher gültigen Maßstab — allein dieser Maßstab hat sich für die neuerschaffenen Militärverhältnisse als zu klein erwiesen — wir brauchen sehr bedeutende „Verbesserungen“, um auf die Höhe der Situation zu gelangen. Und — die europäische Lage ist so bedenklich, daß wir auf Alles gefaßt sein müssen.“

Das ist der stereotypische Gedankengang unserer Regierungspresse. Und wenn wir hierzu noch die famose Berechnung von der Unzulänglichkeit unserer Armeestärke nach Proportion der Bevölkerungsziffer, im Vergleich mit der französischen hinzusetzen, so können wir zwar noch nicht wissen, wie viele Millionen man von uns fordern wird, aber das können wir wissen, daß die Forderungen kolossale sein werden. Wir haben schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die famosen Enthüllungen des vorigen Kriegsministers noch von keiner Seite widerrufen worden sind, und daß sie den in militärischen Kreisen herrschenden Anschauungen völlig entsprechen und obendrein vom Standpunkt des Militarismus aus durchaus „logisch und notwendig“ sind.

Für den Militarismus hat eine Zeit der Krise begonnen — die wunderbare Vervollkommnung der Waffen und die riesig gesteigerte Machtkonzentration der Staaten muß eine entsprechende Umgestaltung und Erweiterung des Militarismus zur Folge haben — oder seinen Untergang.

Vorläufig herrschen noch die Mächte, welche den Militarismus zu ihrer Existenz brauchen, und die Völker werden sich mit dieser Thatfache abzufinden haben. Entweder zahlen, oder diesen Mächten das Regiment entwenden! Ein Drittes giebt es da nicht.

Die Folgen der Niederlagen in Ostafrika zeigen sich schon. Gestern war nach der Soden'schen Depesche „Alles ruhig“, heute meldet das „Berliner Tageblatt“ in einem Kabeltelegramm aus Sansibar bereits den Ausbruch eines Aufstandes der bisher friedlichen Wadigos und den Abmarsch neuer Truppen ins Innere wie folgt:

„Kommandant einer Abtheilung der deutschen Schutztruppe, hat sich mit Truppen von Tanga ins Innere begeben, wo ein Aufstand der Wadigos ausgebrochen ist. — Price, ein Offizier der deutschen Schutztruppe, begab sich mit einer Anzahl von ausgewählten Zulu-Soldaten ins Innere und zwar auf dem Wege von Saabani nach Bwapa.“

Der **Paßzwang in Elsaß-Lothringen** ist vom 1. Oktober ab aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt ab unterliegen demselben nur noch aktive französische Militärpersonen, ehemalige aktive Offiziere, die Böglinge militärisch organisirter ausländischer Schulen, sowie solche Personen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit vor Erfüllung ihrer Wehrpflicht verloren und das fünfundvierzigste Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Ausländer müssen sich binnen vierundzwanzig Stunden bei der Ortspolizei anmelden, wödrigenfalls sie die sofortige Ausweisung zu gewärtigen haben. Die Verordnung vom 5. Februar betreffend die Meldelarten, sowie die Bestimmungen über die Meldung ausländischer Militärpersonen bleiben von der neuesten Verfügung unberührt. Damit ist abgemacht ein Stück jener Bismarck'schen Gewaltspolitik, die eigentlich nur einen veratorischen Charakter, praktische Erfolge aber zu keinem Augenblick in Aussicht hatte, ins alte Eisen geworfen worden. Wird sich die Regierung nicht auch bald die Frage vorlegen, ob es denn nicht endlich an der Zeit sei, den ganzen Ausnahmezustand, unter dem die „wiedergewonnenen Bruderländer“ jetzt nach 20 Jahren der Annexion noch immer niedergehalten werden, fallen zu lassen, der Diktaturherrschaft in den Reichslanden ein Ende zu machen und die Elsaß-Lothringer mit den übrigen Reichsangehörigen auf den gleichen Rechtsboden zu stellen? Man sollte denken, es wäre — da nun doch in der Politik Recht und Gerechtigkeit keine Rolle zu spielen haben — einfach ein Gebot der Klugheit für die Reichsregierung, sich diese Frage ernstlich vorzulegen. Im Grunde ist die „Aufrecht-

erhaltung der Ordnung“ mittelst des Diktaturparagraphen und der Ausnahmegeetze wirklich kein Zeichen für die Stärke einer Regierung.

Besonderen Respekt vor der Obrigkeit verräth es gerade nicht, wenn anlässlich der Jahresversammlung des orthodoxen Vereins der Gustav Adolf-Stiftung der Hosprediger Rogge von Potsdam das Nichtvertreten sein der weltlichen höheren Behörden, des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und des Regierungspräsidenten von Plogwitz, sehr freimüthig wie folgt monirte: „Freunde erfüllt mich, daß der Gustav Adolf-Verein seine 45. Hauptversammlung in Gdaliiz abhält und wenn bei dem Feste eine Vertretung der höheren weltlichen Behörden fehle, so müsse er erklären, man vermisste dieselben wohl, aber man entbehre sie nicht.“

Wir sind gleichwohl weit entfernt, diese offene Sprache rügen zu wollen, im Gegentheil, wir wünschten, unser Bürgerthum hätte auch ein Bischofen von diesem Rüdgrat übrig behalten, das ein Theil dieser protestantischen Feloten sich noch bewahrt hat. Verständlich ist der Groll schon, den der Hosprediger so offen herausschüttet; nach all den offiziellen und offiziellen Aeußerungen konnte diese Minderheitsgesellschaft wirklich glauben, sie sei der einzige Hahn im Korbe, der von der Rettung der Gesellschaft durch die Macht der Kirche kränken dürfe. Aber in neuerer Zeit hat sie sehr viele gemäßigtere und sogar katholisch-ultramontane „Miteßer“ geerbt. Daher der Groll.

Vornirten Chauvinismus trägt die heutige „Volkszeitung“ zur Schau. Zu dem albernem, aber durch und durch Bourgeoisgeist athmenden Vorschlag des Pariser „Intransigant“, alle deutschen Arbeiter und Geschäftsleute in Paris zu boykottiren und sie so aus Paris zu vertreiben, macht sie die ganz vernünftige Bemerkung: „Die Aufforderung, keinen Deutschen mehr in Paris zu beschäftigen, ist seit 1871 schon sehr oft ausgesprochen, aber niemals befolgt worden, aus dem einfachen Grunde, weil man sie nicht entbehren kann.“ fügt dann aber als Erklärung, warum man sie nicht entbehren könne, Folgendes bei: „Deutsche backen dem Pariser sein Brot, nähren ihm seine Kleider und Schuhe, pflegen seine Kinder, reinigen seine Straßen etc. Ohne deutschen Fleiß müßte er im Hemde und barfuß gehen, Teig essen und verkäme im Schmutz.“

Man wird zugeben, diese Argumentation ist genau so blödsinnig wie der elchaste Rochefort'sche Deutschenhaß. Die Sache liegt — im Ganzen betrachtet — doch einfach so, daß nach Vertreibung der deutschen Arbeiter einfach französische Arbeiter deren Werk verrichten müßten. „Teig essen“ und „im Schmutz verkommen“ würde der Pariser nachher so wenig wie vorher. Die Frage, warum heute in einer ganzen Reihe von Berufen, warum insbesondere bei der Straßenreinigung eine verhältnismäßig große Zahl deutscher Arbeitskräfte beschäftigt sind, wollen wir nicht des Näheren erörtern, aber ihre Beantwortung würde jedem vorurtheilsfreien Beobachter zeigen, wie berechtigt das Verlangen der französischen Sozialisten ist, daß die französischen Bourgeois gehalten sein sollen, deutsche Arbeiter nur zu gleichen Löhnen wie französische zu beschäftigen. In dieser Lohnfrage liegt mit die Erklärung, warum alle diese chauvinistischen Appelle an den Patriotismus der Unternehmer erfolglos verhallen. Wie beim deutschen, so hört auch beim französischen Bourgeois am Geldbeutel der Patriotismus auf. Er zieht den deutschen Arbeiter dem französischen vor, wenn er billiger ist, genau so wie der preussische Junker, der doch den Patriotismus in Erbpacht hat, die russisch-polnischen Halb-Rußis den einheimischen Arbeitern vorzieht, auch wenn diese zehnmal „des Königs Rod getragen“.

Die **Stellungnahme des Chemnitzer Staatsanwalts** zu dem bekannten Reichstagsbeschlusse in der Frage der Unverfolgbarkeit der Reichstags-Abgeordneten während der Vertagung, giebt, nachdem jetzt der preussische Justizminister den Beschluß des Reichstags zu respektiren angeordnet hat, selbst der „Königlichen Zeitung“ zu Bedenken Anlaß. Nicht daß sie den Muth fände, gegen den Staatsanwalt aufzutreten und die Würde und Rechte der Volksvertretung zu wahren, aber sie meint doch:

„Eine verschiedenartige Entscheidung dieser

Frage giebt auf alle Fälle zu schweren Bedenken und mancherlei Unzuträglichkeiten Anlaß. Es wäre wünschenswerth, wenn die Angelegenheit, in welcher bisher nur einseitige Beschlüsse des Reichstags vorliegen, durch eine authentische Auslegung bezw. einen Zusatz zu dem betreffenden Verfassungsartikel klargestellt würde.“

Gegen das Duell hat der Papst gestern bei der österreichischen Botschaft und bei der preussischen Gesandtschaft beim Vatikan die Kopie eines Schreibens übergeben lassen. Dasselbe ist an den Kardinal Schoenborn in Prag, den Erzbischof Kremenich in Köln und an andere Erzbischöfe und Bischöfe Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gerichtet und handelt von der unzüchtlichen Gepflogenheit des Duells. In diesem Schreiben weist der Papst darauf hin, daß das Duell dem Naturgesetze ebenso wie dem göttlichen Gesetze entgegen sei, ermahnt den Episcopat und den Klerus, diese Gepflogenheit auszurotten und erinnert an die gegen das Duell gerichteten Verurtheilungen seiner Vorgänger der Päpste Alexander III., Benedict XIV. und Pius IX. Ob diese demonstrative Uebergabe an die preussische Gesandtschaft mit besonderem Wohlwollen seitens der Regierung aufgenommen wird, ist bei der Stellung, welche in Preußen der Monarch zur Duellfrage für Studenten und Offiziere einnimmt, wohl fraglich. Mit der Auffassung des Strafgesetzes deckt sich allerdings die päpstliche Auffassung; aber dieser Auffassung steht der militärische Geist als ein viel mächtigerer Faktor gegenüber.

Einen Freund hat die Reichsregierung doch noch erobert für ihre Trunksuchtsgehe-Vorlage. Der gegenwärtig in Bremen tagende Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hat sich natürlich für die Vorlage erklärt und sogar für Verschärfung derselben sich ausgesprochen. Rechtsanwält J. u. d. a. Mainz, dessen reaktionäre Gelüste auch auf politischem Gebiete bisweilen an die Grenze des Ungehörlichen — fast hätten wir geschrieben: der Unzurechnungsfähigkeit — streifen, donnerte gegen den Juristenrat, weil dieser seine und die anderen Trunksuchts-Anträge bekanntlich unter den Tisch gewischt hatte, der Vertreter des Ministeriums des Innern, Regierungsrath Jaup, erklärte aber nach dem Grundsatze:

Es ist zwar net viel
Aber g'trenen thut's mit do"
das Ministerium lege großen Werth auf die Beschlüsse des Vereins.

Ohne Entstellung thut's Eugen Richter grundfänglich nicht. Er bringt folgende Mittheilung:

„Eine Trinksperre gegen alle nichtsozialdemokratischen Keller verstoßt jetzt der sozialdemokratische Vorstand des Vereins Berliner Gastwirths-Gehilfen“ zu erzwingen. Es wird uns ein kleiner gedruckter Zettel mitgetheilt, der gegenwärtig von den Sozialdemokraten in allen Versammlungen und Gastwirthshäusern vertheilt wird. Auf diesem Zettel ersucht der Vorstand alle „Arbeiter und Parteigenossen“, jeden Keller, gleichviel, in welchem Lokal und bei welcher Gelegenheit, nur dann mit einem Trinkelgeld zu bedenken, wenn er sich als ein auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehender organisirter Gastwirths-Gehilfe ausweist. Als Ausweis dient ihm das von uns an unsere Mitglieder verausgabte farbige Erkennungszeichen, welches die gedruckte Aufschrift: „Verein Berliner Gastwirths-Gehilfen“, Name des Inhabers, Gültigkeitsdauer (von Vierteljahr zu Vierteljahr die Farbe wechselnd), trägt.“

Wahrscheinlich erhalten die Keller von den Nichtsozialdemokraten in Berlin weit mehr Trinkelgeld als von den Sozialdemokraten. Was würden die Herren Sozialdemokraten sagen, wenn umgekehrt etwa der Verein der Gastwirths oder ein politischer Parteivorstand seine Mitglieder ersuchte, nur solche Keller in Lokalen mit Trinkelgeld zu bedenken, welche sich durch bestimmte Erkennungszeichen ausweisen, daß sie mit der Sozialdemokratie nichts gemein haben. Alsdann würde die Sozialdemokratie über schändliche Streichung der politischen Gesinnung jeter und über Maßnahmen, welche geeignet sind, die politische Heuchelei groß zu ziehen. Man sieht auch an diesem Beispiel wieder, welchen Terrorismus die Sozialdemokratie rücksichtslos auszuüben befreit ist überall dort, wo sie glaubt die Macht dazu zu besitzen.“

Wir wollen von vornherein betonen, daß wir in der Beurtheilung dieser Art, für die Generetschaft Propaganda

Er war entschlossen alles zu versuchen, damit es nicht wie im Jahre 1830 gellinge, die Revolution heimlich zu besettigen.

Er hatte sich der Zusammenkunft in der Rue de Beaunolais erinnert und war der Intrigue auf die Spur gekommen.

Ein Haufen entschlossener Leute sollte bei den Tuilerien sein, um im Nothfall auf den König zu schießen. Eine andere Bande wollte er selbst bei der Deputirtenkammer beschließen, welche unter dem Befehl Merisier's am Stadthaus die Entwidlung der Ereignisse abwarten sollte.

Demgemäß hatte er Mijoulet genau vorgezeichnet, wie er sich zu verhalten habe, und dieser hatte vollkommen begriffen, ohne sich um die Gefahr zu kümmern; er war nur zu bereit, die empfangenen Befehle auszuführen, wie ein Soldat diejenigen eines Vorgesetzten ausführt.

Er sollte den Posten am Chateau d'Eau überwältigen und den Versuch machen, ins Innere der Tuilerien einzudringen.

Wenn er gezittert hatte, als Marche-Seul ihm leise ins Ohr sprach, so geschah es, weil der alte Revolutionär ihm einen Auftrag gegeben, der ihn augenblicklich bestürzt machte und erschreckte. Während er auf dem Marche die Insurgenten um sich sammelte und seine Truppe führte, kragte er sich hin und wieder mit der verwirrtesten und urkomischsten Miene von der Welt das Ohr und sprach zu sich:

— Ich verstehe nichts von allem, absolut nichts. Aber was thut das? Ich bin ein unerfahrener Mensch, und der Bürger Marche-Seul muß seine Gründe haben.

Und darauf schritt er rüstig weiter. Sein Gesicht nahm den Ausdruck der Entschiedenheit an, er war mutter, denn je.

Deshommes vergaß Collards Drohung keinen Augenblick, aber er wollte trotz seiner politischen Voreingenommenheit, trotz seines scharfen Blickes, der ihn rasch und energisch zu handeln trieb, doch um jeden Preis bedächtig verhindern, daß dem Spion ein Unglück zustieß, obgleich er ihn haßte und ihn unter allen Umständen hätte erschießen lassen.

(Fortsetzung folgt.)

denen zu Hilfe zu kommen, welche das Palais Royal und die Tuilerien einschließen.

— Nehmt Eure Fahnen, Eure Flinten und folgt mir! Die Insurgenten hatten sich erhoben und überrascht den Worten Mijoulet's gelauscht.

— Was willst Du denn, Dursche, sprach zu ihm ein Arbeiter in einer Blause. Wir müssen die Barrikade halten, dort unten sind sie zahlreich genug.

— Nein, nein, Bürger, Ihr müßt mitgehen, Ihr müßt mit folgen.

Sie zgöerten, weil sie aus dem Auftreten dieses jungen Mannes, der wie ein Knabe von 14 Jahren ansah und ihnen Befehl geben wollte, nicht klug wurden, und machten darum Anstalten sich wieder zu sehen. Mijoulet sagte gemessen:

— Der Bürger Marche-Seul schickt mich und hat mir befohlen, Alle in diesem Viertel zu versammeln und Euch dahin zu führen, wo man kämpft.“

Der Name Marche-Seul's hatte die Wirkung eines Zaubervortes.

Die Insurgenten, welche wachten, weckten die Schläfer und folgten dem Lehrling, der die Kolonne führte. Sie waren durch viele Straßen, in denen sich Barrikaden befanden, gezogen und zählten ungefähr 200 Mann, als sie auf der Rue Dauphine ankamen. Bei der ersten Barrikade hatte Mijoulet die rothe Fahne entfaltet, welche ein großes Gewicht hatte; das Banner rauschte im Winde. Jetzt wurde ihm sein Gewehr lästig, er brach fast zusammen unter dem für ihn so schweren Gewicht.

Unterwegs war er auf den Leichnam eines Voltigeuroffiziers gestossen, hatte dessen Degen ergriffen und der schweren Wassen sich entledigt. Jetzt, wo er einen Degen in der Faust hatte, fühlte er sich als Anführer.

Indessen sah er unruhig und unentschlossen aus. Er dachte über die letzten Worte nach, die ihm Marche-Seul geheimnißvoll ins Ohr geflüstert hatte.

Seine Stirn hatte sich umwölkt.

Die Mission, die ihm Marche-Seul in geheimnißvoller Weise übertragen, war in der That gefährlich und besitat. Marche-Seul war wieder von Hause fortgegangen, er hatte

zu machen, mit Herrn Richter einig gehen. Die Mitglieder des Vereins der Berliner Gastwirthsgehilfen ver-
geffen weiter, denn wie die Unsitte des Trinkgeldgebens sofort
für Geber wie Empfänger den Charakter der Demüthigung,
der Entehrung annimmt, wenn das Trinkgeld
an solche, mit der Bedienung in gar keiner Beziehung
stehende Bedingungen geknüpft wird. Wollen die organi-
sirten Kellner in ihrem außerordentlich schweren und berechtigten
Kampf gegen die beispiellose Ausnutzung und Ausbeutung der
Kellner durch die Wirthe die Unterstützung des weiteren
Publikums, so müssen sie die Abschaffung jeglichen
Trinkgeldes fordern. Denn wenn der Wirthe wie
jeder andere Unternehmer gezwungen ist, seine Angestellten
selber zu bezahlen, ist auch für die Kellner die Möglichkeit
der Organisation gegeben. So viel hier zur Frage selbst.

Herr Richter natürlich stempelt diese rein gewerkschaft-
liche Agitation zu einer Partei-Aktion. Die Sozial-
demokratie hat aber damit gar nichts zu thun.
Der solcher Agitation zu Grunde liegende Gedanke ist ein
rein bürgerlicher, nicht aber im Entferntesten sozial-
demokratisch. Und nebenbei gesagt: er ist einfach die Ant-
wort auf die Brutalität der Unternehmer,
die wiederholt — man braucht bloß an die Zeit des So-
zialistengesetzes zu erinnern — und fortwährend von ihren
Arbeitern die unterschriftliche Erklärung verlangten,
daß sie, um mit Herrn Richter zu reden, „mit der Sozial-
demokratie nichts gemein haben“. Erklären nicht heute
noch, ohne Widerspruch zu erfahren, Minister vom grünen
Tisch herab, Sozialdemokraten dürfen in Staatsverhältnissen
nicht beschäftigt werden? Da soll man also nicht sittliche
Entrüstung zeigen, wenn Arbeiter einmal das Gleiche thun!
Hätte Herr Richter auch nur ein bißchen Gefühl für poli-
tischen Anstand, so suchte er nicht für jede in der Gewerk-
schaftsbewegung gefallene Redensart oder jeden Beschluß
jedemal die sozialdemokratische Partei ver-
antwortlich zu machen, da er doch ganz genau weiß, daß
die Partei mit der Gewerkschaftsbewegung gar nichts
zu thun hat. Aber Richter verschmäht sogar das arm-
selige Demagogentum des „politischen Partei-
vorstandes“ nicht, wie er auch die Aufforderung der
Kellner, Trinkgelber nur an die Mitglieder ihres Vereins
zu geben, in die Behauptung umklagt, allen „nicht-
sozialdemokratischen“ Kellnern soll das Trinkgeld
verweigert werden. Er muß wirklich eine sehr geringe
Weinung von seinem Lesepublikum und — von sich selber
haben! —

In der Frage der Erhöhung des Militärbudgets
marschirt Oesterreich bereits muthig voran. Der gestrige
Ministerrath beschloß eine Erhöhung von 15 Millionen Mark;
der Reichstag wird zustimmen, Deutschland wird nachfolgen,
und die Völker werden zahlen und hungern. —

Eine Komödie führen gegenwärtig die französischen
Ultramontanen auf. Zum Dank für den Erlaß der
Enzyklika wollen sie dem Papste 20 000 französische
Arbeiter als Pilger zuführen. Die glücklichen 20 000
Arbeiter, die in der heutigen Zeit der Arbeitskrise Rom-
fahrten machen können, möchten wir eigentlich auch sehen.
Am 19. d. Mts. wurden die ersten 2000 „Arbeiter“ dem
Papste vorgeführt, der eine Reihe Redensarten im Sinne
der Enzyklika zum Besten gab, die er mit folgenden Kraft-
stellen schloß:

„Gehet die Freiheit und Ruhe, welche Eure Arbeit-
geber Euch gönnen, zur Erfüllung der religiösen
Pflichten. In der Arbeit seid fleißig und gelehrig.
Vermeidet die Gottlosen, welche insbesondere unter dem
Namen von Sozialisten auftreten, um die soziale Ordnung
zu Eurem Schaden umzuführen. Arbeit unter dem
hohen Patronat der Bischöfe, in welchen ihr,
wie in einer zweiten Familie, rechtshaffene Freude, Licht in
Schwierigkeiten, Kraft in Kämpfen, Stütze im Siechthum und
im Alter finden werdet. Gebet Euren Kindern eine moralische
christliche Erziehung und sichert ihnen durch weise Er-
sparnisse eine ruhige Zukunft.“

Die Ruhe, die der Arbeitgeber dem Arbeit-
sklaven gönnt, zum Beten benutzen und durch weise Ersparnisse den
Kindern eine ruhige Zukunft sichern — wohlfeiler kann man
die soziale Frage wirklich nicht lösen! Und mit solchen
Gerede glaubt man die Arbeiter über ihre Lage hinweg-
täuschen zu können!

Nebenbei hat der Papst eine sehr industrielle Aber bei
dieser Gelegenheit verrathen. Bekanntlich hat er durch
unglückliches Würfelspiel seines Kassirers, eines frommen
Kardinals, 80 Millionen Franken — der arme Gefangene
im Vatikan, für den die Pfennige der Wittwen und Waisen
zusammengestellt werden! — verloren. Wohl um nun die
Pilgerzüge noch weiter finanziell auszunutzen und somit
einen kleinen Ertrag für die verlorenen Millionen zu ge-
winnen, hat der Papst aus der heiligen Stätte des Vatikan
ein Wirthshaus für die Pilger gemacht; jeder, der vier
Franken zahlt, kann jetzt im Vatikan schlafen. Barnberger
Schwestern übernehmen die Küche, Mönche den Kellnerdienst.
Fürwahr, die soziale Frage des Papstes und der Pilger ist
gelöst, und schließlich kann Leo XIII. sagen: „Der Papst lebt
herrlich in der Welt!“ —

New-York, 11. September. Aus New-York wird
uns unterm 11. d. M. berichtet: Der diesjährige „Labor
Day“ ist nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten in
denjenigen Staaten unter größerer Theilnahme gefeiert
worden, welche ihn noch nicht gesetzlich eingeführt
haben, als in denen, wo dies der Fall ist. Gesehlicher
Freiertag ist er gegenwärtig in Colorado, Connecticut, Iowa,
Massachusetts, Nebraska, New-Jersey, New-York, Ohio und
Pennsylvanien. Diese Verschiedenheit in der Be-
theiligung an der öffentlichen Feier hat freilich ihren Grund,
und es ist nöthig, darüber Mittheilung zu machen, da
man sich sonst über den ganzen „Labor Day“ eine falsche
Vorstellung macht.

Die Idee der Einführung eines Arbeiterfeiertags, wie
sie seiner Zeit von der Exekutive der „Federation of Labor“
angeregt wurde, fand in allen Arbeiterkreisen — in den
einen sofort, in den anderen später — Anklang. Denen,
welche die Idee sofort aufgriffen und dafür wirkten — den
fortschrittlichen Elementen — schwebte dabei vor, durch
einen solchen Arbeiterfeiertag ein neues Mittel zu erhalten,
um den Arbeitern der Vereinigten Staaten den Begriff ihrer
Klassenlage zum besseren Verständnis zu bringen.
Wie man sich in diesem Lande in Bezug auf die arbeitende
Klasse aber in jeder Beziehung „merckwürdig“ verrecknet,
so muß dies auch bezüglich des „Labor Day“ konstatiert
werden. Ich brauche hierbei nur darauf hinzuweisen, daß
S. in Buffalo der Gouverneur des Staates New-York,

in Cincinnati der Gouverneurs-Kandidat Mc Kinley
(zolltarifliche Andenkens) die Parade abhielten, und an
anderen Plätzen sonstige Prominenz den Arbeitern Sä-
holz raspelten, und man wird verstehen, was ich meine.
Obwohl ein Theil der kapitalistischen Presse den Verlust
des Arbeitstages mit Schmerzen bedauert, ja theilweise
es nicht lassen kann, gegen die gesetzliche Sanctionirung des
„Labor Day“ zu eifern, sind die Politiker, welche mit
Stimmen zu rechnen haben, so schlau, den Tag für ihre
Zwecke auszunutzen. Dies gelingt ihnen auch, wie erklärlich,
überall dort, wo nicht die auf dem Boden der modernen
Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter die Führung haben,
was leider noch an sehr wenig Orten der Fall ist. Unter
den Massen derjenigen Arbeiter, welche in dieser Beziehung
bezüglich des Arbeiterfeiertages enttäuscht wurden, hat sich
insolge dessen ein Gefühlseingestimmter, als ob der Tag unter den
obwaltenden Verhältnissen zu einer Art moderner
„Saturnalie“ sich gestalte. Andererseits legen sich diejenigen
Arbeiterführer, welche zugleich als „politische Drahtzieher“
für eine der herrschenden Parteien fungiren — und ihre
Zahl ist groß! — gehörig ins Zeug, um mit „Massen“ zu
paradiren.

Wie so viele andere Dinge, wird der „Labor Day“ erst
seine wahre Bedeutung erhalten, wenn das arbeitende Volk
der Vereinigten Staaten im großen Ganzen zur Erkenntniß
seiner Klassenlage gekommen ist. —

Verichtigung. Gegen unsere Bemerkung, daß das
„Berliner Tageblatt“ die von Silles inspirirten Verleum-
dungen Keeling's später nicht als solche zugestanden habe,
geht uns von der Redaktion des „Berliner Tageblatt“ die
Mittheilung zu, daß sie bereits in Nr. 459 die vom „Vor-
wärts“ gebrachte Widerlegung reproduziert habe, wie die
beigezeichnete Nummer auch beweist. Damit ist natürlich die
von uns an diesen speziellen Fall geknüpft Schlussfolgerung
hinfällig geworden, die wir bei Kenntniß des Sachverhalts
selbstverständlich nicht gezogen hätten. —

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Die Wiltberger'sche Aeußerung. daß sozialdemokratischen
Reichstags-Abgeordneten aus der Parteifasse Subventionen ge-
macht worden seien, ist von der gegnerischen Presse natürlich mit
Begrüßung aufgenommen und entsprechend phantastisch aus-
geschmückt worden. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“,
deren Zuverlässigkeit wir auch an anderer Stelle der heutigen
Nummer kennzeichnen, fehlten bei der Verwerfung der Wilt-
berger'schen „Enthüllungen“ natürlich nicht, ebensowenig Eugen
Harn's „Freisinnige Zeitung“. Der Reichstags-Abgeordnete
Harn, welchem diesmal die Anpassung galt, setzte aber die
Widermänner von den „Münchener Neuesten“ und der „Frei-
sinnigen“ sofort auf den Sand mit folgender Erklärung:

„Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: „Der sozialdemokratische
Abgeordnete, welchem aus der Parteifasse mehrere tausend Mark
als Darlehen gegeben worden sind, ist nach den Münchener
„Neuesten Nachrichten“ Herr Harn (Eberfeld). Das Darlehen
sei bewilligt worden, weil sonst eine Neuwahl nothwendig ge-
worden wäre, die noch größere Kosten seitens der Partei erfordert
hätte. Die Neuwahl hätte vorgenommen werden müssen, weil
der Konkurs des Kaufmanns Harn diesen unfähig gemacht hätte,
dem Reichstag anzugehören.“ Dem gegenüber habe ich zu er-
klären, daß mir vor nunmehr drei Jahren 1000 Mark seitens der
Partei bewilligt worden sind, weil mir die Aufrechterhaltung
der „Freien Presse“ sonst zur Unmöglichkeit geworden
wäre. Uebrigens haben obige 1000 Mark schon im großen
Sozialistenprozeß eine Rolle gespielt, denn in den Büchern,
welche seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft mit Beschlagnahme
waren, war genannter Betrag vollständig gebucht. Fr. Harn,
Mitglied des Reichstags.“

Durch die gegnerische Presse läuft die Nachricht, Lie-
bnecht habe sich gewagt, in München in einer Versammlung
mit Vollmar zusammen aufzutreten. Die „Münchener Neuesten
Nachrichten“, welche diese Mittheilung zuerst brachten, fügten
dieselben die billige Malice hinzu: „Die unbedeutenden tatsächlichen
Differenzen“ der beiden sozialistischen Führer scheinen demnach
doch nicht so ganz leichter Natur zu sein.“ — An dieser ganzen
Nachricht ist, wie gewöhnlich bei Mittheilungen der bürgerlichen
Presse über Verhältnisse unserer Partei, kein wahres Wort. Erst-
lich ist es selbstverständlich, daß die Vollmar'sche Angelegenheit
bis zum Parteitag überhaupt nicht mehr Gegenstand von Aus-
einandersetzungen innerhalb der Partei, geschweige denn vor der
Öffentlichkeit sein kann, wie sie der gegnerischen Presse begriff-
licherweise sehr erwünscht wären, und zweitens hat das ver-
spätete Auftreten Liebnechts in München lediglich in veränderten
Dispositionen der bayerischen Parteigenossen betrefß Liebnechts
Agitationstour seinen Grund — Veränderungen, die schon bei
der Abreise Liebnechts von Berlin getroffen waren.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Friedberg.
Büdingen wählte den Genossen Fritz Schmidt aus Friedberg bei
Frankfurt a. M. zum Delegirten für den Erfurter Parteitag. Bei
der Wahl ging man von der Ansicht aus, daß es sich empfehle,
zu Delegirten möglichst solche Parteigenossen zu wählen, welche
im Kreise selbst wohnen und deshalb die Verhältnisse desselben
am besten kennen; ferner sei öfterer Wechsel hinsichtlich der Per-
sonen der Delegirten insofern nöthig, als dadurch eine größere
Zahl von Genossen in die Lage kommt, auf den wichtigen Partei-
tagen thätig mitzuwirken.

fernere Delegirtenwahlen zum Parteitag: Krefeld
Wesch, Frankfurt a. M. Schmidt und Emmel.

Eisenach. Am 18. September fand hier eine sehr gut be-
suchte öffentliche sozialdemokratische Parteiversammlung statt, in
welcher der Stadtverordnete Ehrhardt aus Ludwigshafen unter
reichem Beifall über die einzelnen Punkte des zweiten Theils des
Programm-Entwurfs referirte. Die Versammlung nahm darauf
folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige öffentliche
Parteiversammlung spricht sich wiederholt für den Programm-
entwurf aus, wie er vom Parteivorstand vorgelegt wurde; gleich-
zeitig spricht dieselbe ihre entschiedenste Mißbilligung aus über das
sorglose, die Partei so sehr schädigende Treiben einzelner Ber-
liner Genossen; sie hofft, daß der Parteitag dieser zum Gaudium
unserer Gegend betriebenen Gesehens ein Ende macht, und
erklärt in weiteren, daß sie mit der Thätigkeit der Fraktion wie
auch mit derjenigen der Parteileitung vollkommen zufrieden ist.“
Zum Delegirten für den Parteitag wurde nach kurzer Debatte
der hiesige Vertrauensmann der Partei, Genosse Bahold, ein-
stimmig gewählt. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf
die internationale Sozialdemokratie.

Hlensburg. 20. September. Die am 8. d. Mts. im Livoli-
nathgebäude Monatsversammlung des Allgemeinen Arbeitervereins
für Hlensburg und Umgegend saßte nach den Referaten der Ge-
nossen Wähle und Ventrup über den vom Parteivorstand ver-
öffentlichten Entwurf zum Parteiprogramm einstimmig eine Re-
solution, in welcher sie sich mit dem vom Parteivorstand aus-

gearbeiteten Programm-Entwurf im Großen und Ganzen
einverstanden erklärte und der Erwartung Ausdruck gab, daß der
nächste Parteitag die etwaigen Mängel des Entwurfs ansmerzen
und ein allgemein befriedigendes Programm fertig stellen werde.
Unter Verschiedenem brachte Genosse Ventrup die Spenger Felde-
thaten des Pastors Iskraut zur Sprache und verlas
einige Artikel über dieselben, welche in unseren und in
gegnerischen Blättern erschienen waren, worauf nachstehende
Resolution angenommen wurde: „Die am 8. d. M. im Livoli-
nathgebäude Versammlung des Allgemeinen Arbeitervereins für
Hlensburg und Umgegend spricht ihre Entrüstung aus über die
gegen unsere Genossen in Spenge bei Bielefeld verübten Brutali-
täten und erwartet von der Behörde die strengste Untersuchung
der Vorgänge, damit die Uebelthäter ihrer gerechten Strafe nicht
entgehen. Sie erkennt in den Vorkommnissen wiederum, mit
welchen Mitteln die Segner arbeiten, aber trotzdem wird die ge-
rechte Sache des Proletariats siegen!“ —

Am 18. September fand hier eine vom hiesigen Vertrauens-
mann Ventrup einberufene Konferenz der Vertrauensmänner des
1., 2. und 3. schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreises statt,
welche sich mit dem Programm-Entwurf gleichfalls einverstanden
erklärte. Beschlossen wurde dann, für die drei Wahlkreise nur
einen Delegirten zum Erfurter Parteitag zu entsenden und die
Wahl den Hlensburger Genossen zu überlassen. Diesem Delegirten
wird aufgegeben, auf dem Parteitag zu beantragen, daß die
Konferenz es für nothwendig erklärt, Bebel, Liebknecht oder Auer
möchten einmal eine Agitationsreise nach dem nördlichen Theil
der Provinz Schleswig-Holstein unternehmen. Betrefß
des Vorgehens der Berliner Opposition gegen den
Parteivorstand wurde dem Delegirten freie Hand gelassen,
und zum Schluß noch der Beschluß gefaßt, dahin wirken
zu wollen, daß für den dänisch redenden Theil Nordschleswigs
Agitationschriften dänischer Sprache beschafft werden, denn ohne
diese ist wenigstens unter der dortigen Landbevölkerung jede
Agitation vergebens. Die Kinder lernen wohl in den Schulen
deutsch, aber die Eltern sprechen meist nur dänisch und diese
sollen doch gerade über ihre Klassenlage aufgeklärt werden, damit
uns auch die Jugend zugeführt wird.

Wieder hat der unerbittliche Senfmann einen tüchtigen
Kämpfer für die gerechte Sache des arbeitenden Volkes dahin-
gerafft. In der ersten Morgenstunde des 18. September starb im
nahen Hiseebade Glücksburg nach längerem Leiden unser braver
Genosse und Freund, der Steuereinnnehmer o. D. Robert Meß.
Mit ihm ist ein rühriger Agitator unter der kühnlichen Beobach-
tung in der Umgegend Glücksburgs und ein treuer Berater
der dortigen Genossen von uns geschieden. Obre seinem An-
denken!

Sinsfurt. In einem Vortrage über die Noth der Zeit,
wobei auch die Entstehung des Kartells Erwähnung fand, führte
Genosse Wärtens die Nationalliberalen an und
sagte dabei: „Wald hätte ich gesagt: miserable Partei.“
Der überwachende Beamte gab dagegen in seinem Bericht an,
daß Wort „miserabel“ sei im Laufe des Vortrages dreimal ge-
fallen und zwar in der Bedeutung, daß die Redensart eine
miserable sei. Das hatte für Wärtens eine Anklage wegen
Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zur Folge. Die von
Wärtens als Entlastungszeugen angeführten Genossen Holz und
Wiergowski bekundeten unter Eid, daß das Wort miserabel nicht
dreimal, sondern nur einmal, und nicht in Bezug auf Staats-
einrichtungen, sondern mit Beziehung auf die nationalliberals,
bezw. die Kartellparteien gefallen sei, der überwachende Polizei-
beamte aber beschwor seine Aussage gleichfalls und darauf hin
wurde Wärtens zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilt, und Holz
und Wiergowski wegen angeblich wissenschaftlichen Meinungs ver-
trages in dieser Sache zu 20 Entlastungszeugen ver-
nommen worden, darunter 6 zweimal. Von letzteren, welche ver-
eidigt wurden, kam einer namens Neßler nachträglich gleichfalls
in Haft.

21 Parteigenossen standen am 17. September wegen an-
geleglicher Veranstaltung eines verbotenen Fest-
zuges vor dem Schöffengericht in Uetersen, nachdem die
Angelegenheit schon einmal — am 18. Juli — verhandelt worden
war. Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde. Am
6. Juli hatte der Arbeiter-Bildungsverein in Uetersen eine
Festlichkeit arrangirt, wozu auch der Pinneberger Arbeiter-
Bildungsverein eingeladen war; derselbe hatte ein paar Tage
vor dem Feste um Erlaubniß zur Veranstaltung eines öffentlichen
Aufzuges bei der Behörde nachgesucht, jedoch wurde diese Ge-
nehmigung nicht ertheilt. Die Musik sollte auf Ersuchen der
Pinneberger von Uetersen gestellt werden und wurde, als einige
Genossen den Pinneberger Verein abholten, auch mitgenommen.
Als nun die Pinneberger im „Krug zum grünen Kranz“
ankamen, theilten dieselben mit, daß ihnen der Festzug
nicht erlaubt sei, also auch nicht stattfinden könnte. So
ging es nun unter heiterem Geplauder und ohne
Musiklänge der Stadt zu. Plötzlich, an einem Seitenwege,
tauchte die heilige Hermandad auf und machte den Festzug-
nehmern Vorschriften, welchen Weg dieselben einschlagen sollten,
um nach dem Festlokal zu kommen. Diese Bevormundung wurde
natürlich zurückgewiesen und so ging man unter Aufsicht der
Polizeibeamten durch die Stadt nach dem Festlokal. Die An-
klage stützt sich nun auf die Aussagen der beiden als Zeugen
geladenen Polizeibeamten Pingel und Borenz, welche behaupteten,
daß ein Festzug stattgefunden habe, aber nicht angegeben wußten,
wer denselben geordnet hätte.

Die Verhandlung endete mit der kostenlosen Frei-
sprechung sämtlicher Angeklagten und Uebernahme der
Kosten auf den Staat.

„Weil sogar eine Frauensperson als Referentin auf-
gestellt“ war und überhaupt Frauen zugelassen werden sollten,
deshalb hat der Magistrat von Bamberg eine für den
7. September angemeldet gewesene öffentliche Schneider-
und Schneiderinnen-Versammlung verboten.
Beschwerde ist natürlich eingelegt worden, trotzdem man im vor-
hinein sich versichert hält, daß sie erfolglos sein wird.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cultung beizufügen. Brieflich
Antwort wird nicht ertheilt.

N. J. Sie fragen, warum wir den Lumpazius Gille's
nicht gleich beim Namen genannt haben. Die „herokratische
Giltigkeit“, die wir ihm beilegen, hätte Ihnen den Grund verrathen
sollen. Dieser G. hat sich seit fast einem Jahre die erdenklichste Mühe
gegeben, von uns genannt zu werden. Er gehört zum Geschlecht
jener Lederverseher in Heine's „Wintermärchen“, die um einen Fuß-
tritt dritteln. Für einen Fußtritt mit Namensnennung
würde er vor Stolz in die Luft gesprungen. Wir zogen die Fuß-
tritt ohne Namensnennung vor und verurtheilten ihn zur
Anonymität. Jetzt, da der G. die Ohrfeigen Keeling's ab-
hat, kann man ihn ja den Gefallen der Namensnennung thun.
Habet und Haboat! Er hat sein Theil und kann noch mehr
haben. —

W. Herrmann. Da wir der Sache zu fern stehen, um ent-
scheiden zu können, wer recht hat, so müssen wir um eine amt-
liche Mittheilung des hiesigen Verbandsbevollmächtigten der
Tabakarbeiter bitten.

U. G., Wiesbaden. Es ist uns keine Warnung zugegangen;
im Uebrigen sind Warnungen erst dem Parteivorstand zuzufenden.

N. G. 50. Wir können Ihnen keine Auskunft geben.
F. Schmidt, Friedberg. Das Schreiben ist an der be-
treffenden Stelle angekommen.

Theater.
 Mittwoch, den 23. September.
 Opernhaus. Die Hochzeit des Figaro.
 Schauspielhaus. Brinn.
 Festsaal-Theater. Der Fall Cleme-
 ceau.
 Berliner Theater. Väter und
 Söhne.
 Residenz-Theater. Georgette.
 Deutsches Theater. Der blaue
 Reif.
 Wallner-Theater. Der Mann mit
 hundert Köpfen. — Musikalisch-
 delikatesse-Abendunterhaltung.
 Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater.
 Pariser Leben.
 Thomas-Theater. Im siebenten
 Himmel.
 Ostend-Theater. Berlin unter
 Wasser.
 Bellealliance-Theater. Jung-
 Deutschland zur See.
 Adolph-Grün-Theater. Der
 große Prophet.
 Alexanderplatz-Theater. Schwarze
 Brüder.
 Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
 Gebrüder Richter's Variété. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
 Theater der Reichshallen. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
 Winter-Garten. Spezialitäten-Vor-
 stellung.
 Konhordia-Palast-Theater. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
 Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
 Vorstellung.
 Cirkeller. Theater und Spezialitäten-
 Vorstellung.

Rosita,
 die Riesin.
 Neu! Neu!
 Hund-Orchester.
 Anfang 7 1/2 Uhr. u. f. w.

**Gratweil'sche
 Bierhallen.**
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der
Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Kouplefänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags
 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf.,
 Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-
 isch à la Duval. 8 Regeltischen
 6 Billards, 2 Säle. 1169L

Etablissement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion J. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausfahrt von Pakenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 611 F. Müller.

**Passage-
 Panopticum**
 und
**Spezialitäten-
 Theater.**
 Entree 50 Pfg.
 Geöffnet
 von 10-10 Uhr.

Castan's Panopticum.
 Jetzt: Friedrichstr. 165,
 Ecke Behrenstrasse.
 Neu!
Raubmörder Wetzell.
 Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Mein Vereinslokal empfehle
 den Genossen und Gewerkschaften, für
 Vereine und zu zahlstellen. 13012
Max Abraham,
 5. Strassburgerstrasse 5.

Erleben's
 Papier- und Schulbuchhandlung,
 Leberwaren, Galanterie, Zigarren-
 und Zigarettenhandlung Markusstr. 11,
 Ecke der Wallnertheater-Strasse, em-
 pfiehlt sich der geneigten Beachtung.

Robtaval A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
 Größte Auswahl. Garantiert
 scharf brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Robtabake sind am Lager.
 A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am hiesigen Markt. [746

Stempel H. Guttman,
 Brunnen-Strasse 9.

Circus Renz.
 Mittwoch, den 23. September 1891,
 Abends 7 1/4 Uhr:
Auf Helgoland
 oder: 317M
Ebbe und Fluth.
 Große hydrologische Ausstattungs-
 Pantomime in 2 Abteilungen mit
 National-Längen (60 Damen), Auf-
 zügen u., Dampfschiff- u. Segelboot-
 fahrten, Wasserfällen, Riesen-Pontä-
 nen mit allerlei Lichteffekten u.,
 arrangiert u. inszeniert vom Dir. E. Renz.
 Debüt der berühmten Kunst-
 schwimmerinnen 3 Geschwister Janson.
 Schluss-Tableau:
Grande Fontaine lumineuse,
 in einer Höhe von mehr denn 80 Fuss
 ausstrahlend.
 Außerdem: Pascha, Othello, Satan,
 Nero, Mohr und Pipifax (Trakehner
 Rapphengste) in ganz neuem Genre
 in Freiheit dressirt und vorgeführt von
 Herrn Franz Renz. The goldbird ger.
 von Hrl. Clot Hager. Schulpferd Cyd
 geritten von Herrn Gaberel. Alaskas.
 Miss Aida m. ihren 5 dress. Miniatur-
 Hunden. Aufstret. d. weltberühmten
 4 Gebr. Briatore. Pas de deux
 moderns auf 2 Pferden v. Geschwister
 Chiarini. Aufstret. der Reittänzerin
 Mile. Adels. der amer. Künstlerinnen
 Sisters Lawronse, d. Parföceerites
 Mr. Plerro u. Komische Entrees und
 Intermezos v. sämtlichen Clowns.
 Morgen, Donnerstag:
„Auf Helgoland.“
 E. Renz, Direktor.

Für nur 10 Pfennige
 kann sich jede Hausfrau überzeugen,
 wach' große Ersparnis erzielt wird,
 wenn man zum Sohnenkaffee bis zur
 Hälfte gemischt,
Kathreiner's
Kneipp's
Malzkaffee
 verwendet; im Geschmack ist gegen
 reinen Bohnenkaffee kaum ein Unter-
 schied zu bemerken. **Probepakete**
 à 10 Pfg. sind wie die plombirte
 1/2 und 1/4 Kilo-Packung mit Bild und
 Namenszug Kneipp's und mit unserer
 Unterschrift versehen. **Niederlagen**
 in allen besseren Geschäften der ein-
 schlägigen Branchen. 313M
 Franz Kathreiner's Nachf., München.
 General-Depot und Zweig-Comptoir
 für Berlin:
 Herr **Ferd. Bullé**, Bräderstraße 35.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
 Andreasstr. 23. D. V.
 Kinderwagen, geb. Kottbusserstr. 13. [579b

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstraße 2.
 Im Verlage von Auer & Co. in Hamburg ist erschienen und
 von uns zu beziehen:
Der Neue Welt-Kalender
 für das Schaltjahr 1892.
 Mit einem Farbendruckbilde „Auf dem Markte“ und einem
 Wandkalender auf Karton.
 Reich illustriert. Preis 50 Pf.
 Inhalts-Übersicht:
Kalendarium. — Post- und Telegraphenwesen. — Deutscher
 Wechselkempel. — Auszug aus dem Invaliditäts- und Altersver-
 sicherungsgezet. — Rückblick auf die Zeit vom 1. Mai 1890 bis
 15. Mai 1891. — Die Volkszählung vom 1. Dezember 1890. —
 Verzeichnis der Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres.
 (Gebicht). — **Vilatus.** Erzählung von Franz Wichmann. Mit
 Illustrationen. — **Schiffbrüchige.** (Gebicht). Mit Illustration. — **Die**
Erde als Morgen- und Abendkern des Mars. Mit Ab-
 bildung. — **Statistisches aus der Landwirtschaft.** Von Max
 Schippel. — **Großvaters Geburtstag.** (Gebicht). Mit Illustration.
 — **Unschuldig verurtheilt.** Dichtung von Bild. Dony. Mit
 Illustrationen. — **Die Vergarbeiter einst und jetzt.** Von Karl
 Kautski. — Im Namen des Gefenes! (Gebicht). Mit Illustration.
 — **Antje.** Eine Helgoländer Geschichte. Von Klara Rechner.
 Mit Illustrationen. — **Max Rittinghausen.** Mit Portrait.
 — **Cäsar de Paeye.** Mit Portrait. — **Der Euberkelbasillus**
 und **das Koch'sche Heilmittel.** Mit Abbildungen. — **Heimkehr aus**
 Kamerun. (Gebicht). Mit Illustration. — **Fliegende Blätter.**
 (Humoristisches.) **Die Schmaschine.** Humoreske von M. Regel.
 Mit Illustrationen. — **Auflösungen der Räthsel aus 1891.** — **Räthsel**
 und **Charaden.**
 Wir empfehlen den vorliegenden 10. Jahrgang des
 „Neuen Welt-Kalender“ jedem Parteigenossen zur An-
 schaffung und zur weitesten Verbreitung in indifferenten
 Kreisen. Derselbe ist ein vorzügliches Agitationsmittel
 und steht durch seinen gewählten Inhalt weit über der
 gesammten sonstigen Kalender-Literatur.
 Wiederverkäufern, sowie für Partiebezug,
 hoher Rabatt.

Unserem Freunde und Kollegen
A. Dähne
 eine herzlichste Gratulation zu seinem
 39. Geburtstag und wünschen zu dem
 Feste, daß Du uns nicht durften läßt.
 [1619b] Deine Kollegen vom Bau.
 Unserem Vorstehenden und Kollegen
Gust. Assmann
 zum heutigen Geburtstag die herz-
 lichsten Glückwünsche. 261/20
 Die Vorstandsmitglieder
 des Vereins der Sattler und Fachgen
 Dem Herrn **Fritz Damenberg**
 in Panlow zu seinem 25. Wiegen-
 feste ein dreimal donnerndes Hoch, daß
 die ganze Nothfabrik wackelt und sein
 Viechen voll Freude vor die Maschine
 gappelt. Na die Marie lo a so a bis!
 Hoch leben. **T. F. P. D.** [1618b
 Heute früh 4 Uhr verschied sanft
 nach langem schweren Leiden mein
 lieber Mann, der Studienter
Franz Lucas.
 Berlin, den 21. September 1891.
 Mario Lucas geb. No 11.
 Die Beerdigung findet am Donner-
 tag, den 24. September, Nachmittags
 4 Uhr, vom Trauerhause Reichen-
 burgerstr. 63 aus nach dem Neuen
 Jacobi-Kirchhof statt. 1627b
 Am 20. d. M. verstarb nach langem
 Leiden an der Schwindsucht unser
 lieber Kollege, der Töpfer
Carl Sasse.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch,
 den 23. September, Nachmittags 4 Uhr,
 von dem Krankenhause Friedrichshain
 nach dem Kirchhof der Pioniergemeinde
 Weisenfee statt. 318/12
 Zentral-Krankenkasse der Töpfer.

Dankagung.
 Für die zahlreiche Theilnahme, so-
 wie für die reiche Blumenpende bei
 der Beerdigung meines Sohnes, des
 Carl's **Wilhelm Dübelt** am
 19. d. M., sage ich hiermit meinen tief-
 gefühltesten Dank, insbesondere dem Hrn.
 Prediger Krüger für die trostreichen
 Worte am Grabe des Entschlafenen.
 Wittwe Dübelt geb. Göthe.

Danksagung.
 Allen Freunden und Bekannten,
 insbesondere den Mitgliedern der Zahl-
 stelle Berlin I des Zentralverbandes
 deutscher Maurer, sowie dem Gesang-
 verein Gemüthlichkeit für die rege Theil-
 nahme bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes, unseres guten Vaters,
 des Pipers **August Nieczceki**,
 sagen wir hiermit unseren tiefgefühltesten
 Dank.
 Wittve Nieczceki und Kinder.

**Möbel, Spiegel und
 Polsterwaren.**
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 23, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

**Oeffentliche Versammlung
 der Tischler u. Berufsgenossen**
 am Donnerstag, den 24. September, Abends 8 Uhr,
 in Feuerstein's grossem Saal, Alte Jakobstrasse No. 75.
 Tagesordnung:
 Gründung einer Zahlstelle des deutschen Tischler-Verbandes zu Berlin.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 J. A.: Die Kommission.

**Freie Vereinigung sämtlicher in der Papier-Industrie
 beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins u. Umg.**
 Geatr, Mittwoch, den 23. September, Abends 8 Uhr, in
 in Scheffer's Lokal, Inselstrasse 10:
Grosse Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Genossin Ottilie Paader über „Kapital und Arbeit“.
 2. Bericht über Arbeitsnachweis und Rechtschutz.
 3. Verschiedenes und Fragelasten.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen erwartet zahlreiches Erscheinen
Der Vorstand.
 NB. Biletts zu dem am 17. Oktober bei Robert, Beuthstr. 22, statt-
 findenden Vergnügen gelangen zur Ausgabe.

**Mitglieder-Versammlung
 der Freien Vereinigung der Maurer Berlins
 und Umgegend**
 am Donnerstag, den 24. Septbr., Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Orschel, Sebastianstr. 39.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Lazarus über die Entstehung der Religion.
 2. Diskussion. 3. Antrag Bezorke und Siegel, event. Verathung über den-
 selben. 4. Beschlußfassung über das an den Magistrat gerichtete Schreiben.
 5. Verschiedenes und Fragelasten.
Der Vorstand.
 238/11

Spandau!
Oeffentl. Volks-Versammlung
 am Sonnabend, den 26. d. M., Abends 8 Uhr,
 im Saale der Spandauer Bergbrauerei.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über den Brüsseler Kongress. 2. Der Programm-Entwurf.
 3. Wahl eines Delegierten zum Parteitag. 4. Wahl einer Lokal-Kommission.
Der Einberufer.
 1610b

**Bersammlung
 der Ziliale der Steindruckere
 Berlins**
Donnerstag, d. 24. Sept.,
 Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftliches. Wahl des Kassiers.
 Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag
 des Kollegen Sillier: Die technische u.
 maschinelle Entwicklung unseres Berufs
 und die daraus entstehende Nothwendig-
 keit der Organisation. 3. Diskussion.
 4. Verschiedenes und Fragelasten.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 207/13 **Der Bevollmächtigte.**

**Mitglieder-Versammlung
 des Kranken-Unterstützungs-
 Bundes der Schneider**
 am Donnerstag, den 24. d. M.,
 Abends 8 1/2 Uhr,
 Neus Grünstr. 14 im Restaurant Boyer.
 Tages-Ordnung:
 1. Neuwahl der Unfallversicherungs-
 Kommission.
 2. Ersatzwahl der Revisoren.
 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches und pünktliches Er-
 scheinen ersucht [274/9
Die Lokalverwaltung.
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.
 Spezialität: Vortrüts bewährter sozialistischer Fabrik (Kassals,
 Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlipshalsen,
 Manschettenknöpfen, Socken und Brochen. En gros. En detail.
B. Günzel, Brunnenstr. 157, am Rosenhaller Thor.

Möbelspeicher
 Oranienburgerstr. 88, Hof geraberg,
 dicht beim Daaß'schen Markt sind:
 Kleiderspinden, Wäschespinden, Gettsellen, Sophas, Spiegel, Tische,
 Stühle, Kücheneinrichtungen etc. stets vorräthig. Kein Abzahlungsgehalt.
 Eigene Tischlerei u. Tapezierer-Werkstatt, daher billigste Einkaufsquelle. [1033L

G. Stutz' Photographie-Atelier
 Auch Sonntags. Landsbergerstr. 82, nahe Alexander-Platz. Auch Sonntags

Echt Nordhäuser Kantabak
 aus der Fabrik v. Hendess & Schuman
 Inhaber Hermann Kessler
 Nordhausen a. S.
 zu Fabrik-Preisen.

H. Czerwonka, Friedensstraße
 Nr. 50.
 Kantabak-Kommission - Export-Geschäft.

**Möbel, Spiegel-
 u. Polster-
 waaren,**
 sowie ganze Anstaltungen, empfiehlt
H. Strelow, Rixdorf,
 Berliner Strasse 40, am Denkmal.

Cohn's Hosen- u. Anzugfabrik
 Pallisadenstr. 7, unweit d. Wäschingpl.,
 größtes Lager u. billigste Bezugsquelle
 Berlins, arbeitet aus Resten und ver-
 kauft im Einzelnen: Knabenhosen von
 1 M. an, Jaden 1.50, Herrenhosen 1.50,
 Knabenanzüge 2 M., Herrenanzüge
 3.50, Herrenanzüge 12 M. Nach Maß
 ohne Preisänderung. Flicken gratis.
 7 Pallisadenstraße 7. [810L

70
 etm breiter Atlas von 8 M.
 Sammetkragen von 0.35 bis
 1.85 M., schwarze Kleider-
 stoffe sehr billig. 1200L
P. Kochmann, Alte Jakobstr. 86

Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
 1 Mark. Garantie rein amerikanische
 Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.
 1274L **H. F. Dinslage,**
 Kottbusserstr. 4, Hof part.

**A. Alschner, Milch- u. Sahner-
 Niederlage,** Nannysstr. 65a, hält sich
 hiermit den Genossen und Genossinnen
 bestens empfohlen. Milch u. Frischkäse
 frei in's Haus. Jeden Sonnabend
 selbstgebackenen Kuchen. 1625b

Bettfedern
 garantiert staubfrei à Pfd. 40, 60 Pfd.
 1 M. bis 4 M. Daunens à Pfd 5 M.
 Stand Betten von 12 M. an.
N. Lehmann,
 Köpnickestraße 25a.
 1296b

Begen Rückreise nach Amerika ver-
 kaufe mein ganz neues Mobiliar, sowie
 einen starken zweirädr. Wagen, auf für
 Rohrleger u. Klemmer. [1621b
Graber, Weidenweg 13, III.

Umzugsh. ist 1 grünes Ripz-Sopha
 1 Kommode und 2 Bilder bill. a. verk.
 Admiraistr. 37, v. 4 Tr. b. Etg. [1622b

Ritterstr. 108, vorn, Et. 1. Kch. Nr.
 120 Zhr., auch sofort. [1580L

Herrn finden freundl. Schlafstelle à
 Meeskalb, Elisabeth-Platz 45, Keller 3.
 Schlafstelle f. 1 od. 2 S. Nollenberg-
 strasse 40, S. IV. [1623b

Möbl. Schlafstelle gleich od. s. 1. Et.
 Brangelstr. 108, Hof I. L. bei Witten-
 Scholz. [1624b

Echtiger Rohrleger verlangt
 323M] **Brandenburgstr. 60.**
H. Mortens, Landwehrstr. 11, sucht
 1. Oktober einen tüchtigen Hausdiener,
 der Bier abziehen kann. [1625b

Möbel-Magazin Otto & Slotawa.
 Tischlermeister.
 NW. 67. Bremerstr. 67. NW. **Beerdigungs-Comtoir.**
 Verantwortlicher Redakteur: N. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Vading in Berlin SW., Beuthstraße 2.
 Hierzu zwei Beilagen.

Die Wahlen der Delegirten zum Erfurter Parteitag,

welche gestern Abend in allen sechs Berliner Wahlkreisen vorgenommen wurden, ergaben folgendes Resultat:

1. Wahlkreis: Schuhmacher Th. Mehner, Schneider A. Läterow, Zigarrenhändler V. Stabernack.
2. Wahlkreis: Buchbinder Kleinert, Frau Jhron.
3. Wahlkreis: Tischler Frih, Zigarrenhändler Börner.
4. Wahlkreis: Strumpfwirker Wengels, Restaurateur Tempel, Frau Kohrlad.
5. Wahlkreis: Die Versammlung wurde, während der Tapezier Wieser sprach, aufgelöst.
6. Wahlkreis: Restaurateur Scholz, Schriftsteller Peus, Frau v. Postetten.

Sämmtliche Gewählten stehen auf dem Boden der bisherigen Politik der Partei.

Lokales.

Ueber sogenannte „Arbeiterfragen“ zerbrechen sich manche Leute mit Vorliebe die Köpfe, aus dem einfachen Grunde, weil endlich einmal die Arbeiterfrage heute in Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht, und zweitens, weil ein Jeder sich für befähigt hält, in Arbeiterfragen mitzureden, es besser zu wissen, als die Arbeiter selber, weshalb diese auch gar nicht befragt werden, sondern — man bemerkt es einfach, man überläßt die Sorge für das Wohlergehen der Arbeiter einer Anzahl Geheimer und sonstiger Räthe; ja, werden es schon machen! Ein schon vielfach diskutirtes Thema ist die Frage, welches der beste Lohnzahlung für die Arbeiter sei und ist schon viel herumexperimentirt worden, um zu einem befriedigenden Resultate zu gelangen, wie es scheint, noch immer erfolglos, denn ein Herr Karl Rode sieht sich veranlaßt, in der „D. W.“ diese Frage nochmals zu erörtern. Die Arbeit des Herrn Rode verdient nicht die ehrenvolle Erwähnung auf dieser Stelle, wenn dieselbe nicht eben typisch wäre für die Ansichten derjenigen Leute, die berufen sind, über das Wohl und Wehe der Arbeiter zu berathen, und wenn dieselbe nicht eine unfreiwillige Komik enthielte, deren erheiternde Wirkung wir auch unseren Lesern zugänglich machen möchten. Also Herr Rode wendet sich gegen die Lohnanzahlung am Ende der Woche, d. h. am Samstag (Sonntag) Abend, und zwar, weil er hierin eine große Gefahr für den Lohnempfänger liegend erblickt, „unklug über seinen Verdienst zu verfügen.“ Und nun kommt die bekannte Anekdote, wie der Arbeiter, wenn er des Sonntags Abends die Tasche voll Geld hat, das Bedürfnis fühlt, nach Vollbringung eines schweren Wochenwerkes sich ein anzuthun, was ihm Herr Rode indessen nicht verübeln und meint: „Geföhnen sich doch selbst hochgebildete Leute nach vollbrachten Werken und erzielten Erfolgen in dem Bedürfnis nach Aufreicherung mit kleinen Extravaganzen.“ Aber, so behauptet Herr Rode, — allerdings eine freche Behauptung, — bei neun Zehnteln der Arbeiter bleibt es nicht bei der Befriedigung dieses stülpischen Triebes“ und nun folgt das Gezeche, das Kartenspiel, die Billerei zc., der ganze große Wochenlohn wird verjubelt und verpraßt, indessen die arme Familie daheim zusehen kann, wie sie zurecht kommt. So Herr Rode und Konforten! Nun kommt das zweite Bild! Ist der Mann „ordentlich“ und bringt am Sonntags Abend den Wochenlohn häßlich nach Hause, so ist nach der Ansicht des Herrn Rode darüber noch nichts gebessert, denn an Stelle des Mannes tritt nun die Frau, welche, nun sie einmal soviel Geld (den Wochenverdienst eines Arbeiters!) in die Hände bekommt, übermüthig wird und nun eine Festliche macht, wie er mit der erhaltenen Summe nicht im Einklange steht. Sonntags und Sonntag wird „bon“ gelebt und die Woche hindurch wird gefaselt. So machen es die Arbeiter. Herr Rode und seine Gesinnungsgenossen müssen das ja wissen. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, wünscht Herr Rode im Interesse der Arbeiter einen anderen Zeitpunkt der Lohnzahlung, als den Sonntags Abend und kommt dabei, nachdem er der Versuche gedacht und gefunden hat, daß der Samstag (Sonntags) der naturgemäße Lohnzahlungstag ist und bleibt und daß sich kein Arbeiter mit einem anderen Tage als solchen befreundeten könne, zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Es ist aber auch gar nicht notwendig, einen anderen Tag, als den Samstag zur Lohnzahlung zu nehmen, man gehe nur von der Abendlohnung ab. Denn gerade in der Abendlohnung liegt der Hauptfehler. Man zahle die Löhne am Samstag Mittag, bevor der Arbeiter zum Mittagessen nach Hause geht. Dann hat der Arbeiter noch keine Zeit in den Schnaps- oder Bierstaus zu gehen und sich zum Kartenspielen festzusetzen, er muß im Gegentheil nach Hause eilen, um zur Nachmittagsarbeit wieder pünktlich am Plage zu sein. Er wird vielleicht seiner Frau nicht allen Lohn geben, sondern ein paar Groschen zum Abend für sich behalten. Gut, das ist ihm zu gönnen, wenn die Familienverhältnisse es erlauben; dafür daß diese nicht zu kurz kommen, wird die Frau schon zu sorgen wissen. Sie selbst aber, die Frau, hat nun den ganzen Nachmittagszeit, hin und her zu überlegen, wie das Geld am zweckmäßigsten zum Wohle der Familie zu verwerthen ist, sie wird und braucht dabei auch des Sonntags, welcher bevorsteht, nicht zu vergeffen.“

Dem hier gemachten Vorschlage können wir uns wohl anschließen, allerdings aus rein wirtschaftlichen Gründen, nicht aber aus den Gründen, wie sie von Herrn Rode vorgeführt worden sind und die nur den Aufschauungen der Bourgeoisie entsprechen. Herr Rode war nur das Sprachrohr derselben und kennzeichnet sich selbst als Bourgeois. Ein maßgebendes Urtheil über Arbeiterverhältnisse darf er sich demnach nicht erlauben!

Ueber die Sozialdemokratie unter den Studierenden ereifert sich „Der Pharmazent“ (Gesellschafter). Er schwadronirt folgendermaßen: „Die können diese Herren es mit den studentischen Ehrbegriffen vereinigen, auf Kosten der heutigen menschlichen Gesellschaft sich die nöthigen Kenntnisse zu erwerben, um wo möglich mit eben diesen Waffen die menschliche Gesellschaftsordnung von Grund aus zu zerstören! Menschliche Gesellschaft und kapitalistische (der „Pharmazent“ nennt sie menschliche) Gesellschaftsordnung in der Geschwindigkeit mit einander zu vertauschen, ist das Nonplusultra logischer Selbstzweck. Der „Pharmazent“ bringt seinen Artikel, weil wir hoffen, daß sich auch fernerhin jeder zur Unversität übertretende junge Apotheker so viel klaren und verständigen Sinn bewahren möge, um nicht von agitatorischen Trugbildern sich einfangen zu lassen.“ Wenn der Verfasser seine Erwartung für begründet hielt, wäre aber doch sein Artikel vollkommen überflüssig gewesen.

Für und gegen die Anlage einer Uferstraße zwischen Waifenbrücke und Mühlendamm, welche sehr gelegentlich des

Bau einer Handwerkerschule auf dem Waifenhaus-Grundstücke erörtert wird, stehen sich in der Stadtverordneten-Versammlung zwei verschiedene Strömungen gegenüber. Dieselben sind in den Beratungen des Ausschusses lebhaft zum Ausdruck gekommen. Gegen die Uferstraße wird eingewendet, daß sie der Stadt etwa 6—8 Millionen kosten werde, und es wird verneint, daß das Verkehrsinteresse eine derartig hohe Aufwendung erheische. Etwas anderes würde es sein, wenn mit der Uferstraße eine Radefstraße verbunden sein könnte. Das sei aber nicht ausführbar und die Uferstraße bleibe deshalb nur als Verkehrsstraße übrig. Die Straße kann nur in einer Breite von 15 Meter angelegt werden und man verweist darauf, daß Uferstraßen in derselben Breite, als da sind: Friedrichsgracht, An der Schleiße, Neu-Kölln, Am Schiffbauerdamm zc. im Großen und Ganzen nur todte Straßen sind. Die Gegner des Projekts machen ferner geltend, daß der Verkehr lang durchgehende Straßenzüge verlangt und sich nicht nach Liebknecht in enge Straßen zwängen läßt und daß der Zug von Osten nach Westen sich später nach vollständiger Verbreiterung der Wallstraße noch mehr als jetzt über die neue Waifenbrücke durch die Wallstraße und über den Spittelmarkt nach der Leipzigerstraße und weiter wenden werde. Den Vortheil von der ganzen Straße würden nur die Adjazenten haben. Man meint auch, daß die Aussicht, von den letzten die Hälfte der Anlagelosten erstattet zu bekommen, wenn sie an der Straße bauen, eine trügerische sei, da sich die Adjazenten dieser Beitragspflicht leicht dadurch entziehen könnten, da sie die Bauten an der neuen Straße wohl mit Fenstern, aber nicht mit Ausgängen versehen, weil ihnen der Zugang zu diesen Bauten ja von der Stralauerstraße aus offen stände. Was den adjazenten Fiskus betrifft, so meint man, daß denselben eine Uferstraße gewiß ganz willkommen sei, daß er sich aber das erforderliche Land sicher sehr hoch bezahlen lassen würde. — Die Fürsprecher der Uferstraße glauben dagegen, mit 1/2 Millionen auskommen zu können. Im Ausschusse ging die Ansicht der Mehrheit dahin, daß überall dort, wo es nur irgend ausführbar sei, Uferstraßen zum Zwecke der größeren Reinhaltung der Spree angelegt werden sollten. Für Mit-Berlin wird eine Uferstraße um so mehr empfohlen, als der Stadtteil eng bebaut ist und ihm Licht und Luft fehlt. Schließlich wird auch geltend gemacht, daß nach erfolgter Verbreiterung der Gerttraudenstraße voraussichtlich auch der Verkehr in der Stralauerstraße bedeutend zunehmen werde, da der Zug von Osten nach Westen ebenso wohl die Stralauerstraße, als auch die Wallstraße ansucht. — So weit die Ansichten über diese Frage. Ihre Entscheidung wird davon abhängen, welche Stellung der Fiskus dazu einnimmt, zu welchem Preise er sein Land abtreten und wie sich der gesammte Kostenanschlag stellen würde.

Die Witterung im Monat August. Mit dem August ist der letzte Sommermonat dahingegangen, ohne rechte sommerliche Witterung gebracht zu haben; gleich seinen Vorgängern muß auch er in Gesamtdurchschnitt als kühl und regnerisch bezeichnet werden. Die Temperatur blieb überall in Norddeutschland gleichmäßig andauernd bis in die dritte Dekade hinein unter dem vieljährigen Mittelwerthe, und erst am Monatschlusse gab es einige Tage mit ziemlich hohen Wärmegraden. Das Monatsmittel liegt daher allgemein unter dem normalen, im Osten um etwa einen, im Westen um etwa zwei Grad. Die Regenmenge war nicht so bedeutend wie im vorausgegangenen Juli; ein beträchtlicher Ueberschuß wurde nur in allen Küstendistrikten beobachtet, während sich im eigentlichen Binnenlande — wenige Ausnahmen abgerechnet — eher Mangel geltend machte. Dagegen war auch im August die Häufigkeit der Niederschläge wiederum außerordentlich groß, ja an vielen Stellen, z. B. der Nordsee-Küste, verging fast kein Tag ohne Regen; nur die Provinz Posen scheint auch in dieser Beziehung ziemlich trocken gewesen zu sein. Diefem Niederschlagscharakter entspricht die verschwindend kleine Zahl der heiteren Tage und auch die ziemlich geringe Gesamtdauer des Sonnenscheins, die nirgends mehr als die Hälfte und im Nordseegebiete nur ein Drittel der überhaupt möglichen Dauer betragen hat. Das andauernd kühl, veränderliche und zumeist regnerische Wetter der ersten, größeren Hälfte des August verdankt Norddeutschland dem Umstande, daß es sich fast ununterbrochen am Rande nördlich vorbeiziehender Depressionen befand, welche Winde aus dem westlichen Quadranten und mit ihnen jene unbehagliche, meist trübe Witterung und niedere Temperatur bedingten. Später, um Beginn der dritten Dekade, überzogen die Minima Zentraluropa selbst und machte sich daher gleichfalls noch keine Aenderung in den Witterungsverhältnissen geltend. Erst vom 25. an, als eine von Südosten her vorrückende Antizyklone den niederen Luftdruck zu verdrängen begann und sich über Zentraluropa verlagerte, trat bei südwestlichen Winden beträchtliche Erwärmung und auch Aufklären ein, so daß wenigstens der Monatschluss schönes Wetter gebracht hat.

Auch in den Vororten Berlins hat das gestrige Gewitter furchtbar gewüthet und mehrfachen Schaden angerichtet. Ganz besonders stark haben die östlichen und südlichen Vororte unter den Wassermassen zu leiden gehabt; Niddorf stand, wie uns gemeldet wird, vorgestern Abend fast gänzlich unter Wasser und namentlich gefährdet war die Vergasstraße, wofelbst die Bürgersteige vielfach unterspült waren und die reißenden Wasserfluthen in die Keller und Souterrains der Gebäude drangen, dieselben gänzlich überschwemmend. In Weisensee sah es ebenso schlimm aus und ganze Straßenzüge standen wieder unter Wasser; furchtbar hat der Treptower Park unter den Regengüssen gelitten; die Blüthen haben die Wege aufgerissen, die Kieslagen fortgespült und den Rasen vollständig verfauldet. Bei Sadowa kenterte ein kleines Segelboot während des Gewitters, dessen Insasse, ein Kaufmann Arends aus Berlin, sich mittelst Schwimmgürtels ans Land rettete, während das Fahrzeug von den Wogen fortgetrieben wurde. — Nicht unerheblich beschädigt wurde das Hausgeräth eines Berliner Sommergastes durch einen „kalten Schlag“ auf der Chaussee zwischen Grünau und Adlershof; dasselbe wurde kurz vor dem Gewitter mittelst Möbelwagens nach Berlin zurückgeschafft, und als sich das Gefährt in der Nähe von Adlershof befand, fuhr plötzlich der Blick in einen an der Chaussee stehenden Baum, sprang von diesem ab auf den Möbelwagen und zertrümmerte das Hausgeräth theilweise. Seltamerweise blieben der Kutscher sowie zwei auf dem Wagen sitzende Arbeiter und die Pferde gänzlich unversehrt. — Im Grünwald hat der Blick mehrfach in Bäume eingeschlagen, ohne jedoch zu fänden. — Wenig oder garnicht vom Gewitter berührt wurden die nördlichen und nordöstlichen Vororte, wie Pantow, Peinersdorf, Ahrensfelde.

Friedrichsberg. Der Arbeiter-Bildungsverein zu Friedrichsberg beschloß in seiner letzten Versammlung, an den Eisenbahn-Minister eine Petition abzugeben, in welcher um Pflasterung des Aufganges zum Bahnhof gebeten wird. Alle sich hierfür Interessirenden werden ersucht, diese Petition, welche im Lokale des Herrn Spähig ausliegt, zu unterschreiben.

Von Zeit zu Zeit einen Blick hinter die Kulissen der Artistenwelt zu thun, macht Vergnügen. Die Jünger und Jügerinnen der sechsten und ersten Muse sind ja Jedermann ver-

traut von den Stätten ihres öffentlichen Auftretens, aber dort erscheinen sie nur in ihrem Glitterprunk mit dem angelegerten Lächeln, und ein Blick in die Seele des merkwürdigen Völkchens, in die des blendenden Schimmers entleerten Alltagsverhältnisse eröffnet sich dem flammenden Zuschauer nicht. Tiefere Einblicke erhalten wir durch ein Studium der Artistenblätter, in deren Anzeigen und Mittheilungen die Deutschen sich oftmals geben wie sie ohne Trübsal, Schminke und pompöse Ausstattung wirklich sind. Den ganzen Schmerz einer geknickten Künstlerseele fühlen wir mit, wenn Fräulein Boriska, „erste ungarische Siedersängerin“, erklärt, daß ihre Stimme „schöner denn je, und nicht, wie weibliche Kollegen behaupten, pordu“ ist, und den Jubel eines Glücklichen, dem es gelungen ist, die ehernen Bande eines bedauerlichen Irrthums zu sprengen, lesen wir aus der „Entloobungs-Anzeige“ heraus, in welcher Herr Jean Grassy mittheilt, daß seine Verlobung mit Fräulein Gerda Wagner Felicita nach freundschaftlichem Ueber-einkommen aufgehoben sei. Wie ernst es die Artisten mit der Hebung ihres Standes nehmen, ersehen wir aus der Brand-martung eines sogenannten Konzertunternehmers in Bayern, der für 60 M. monatlich jugendliche Chansonetten sucht, aber „keine schüchternen, lieber etwas laß, denn das hiesige Publikum will es so haben“. Freilich steht mit der sittlichen Entrüstung hierüber die Aufnahme der folgenden Anzeige nicht recht im Einklang: „Für Gentleman. Zwei junge hübsche Artistinnen suchen die Bekanntschaft resp. Unterstüfung eines reichen älteren Herrn behufs geselligen Verkehrs.“ Auch sonst ist nicht Alles heiter in dieser besonnenen Welt. Aus München wird berichtet, wie eine Sängerin aus gekränktem Ehrgeiz sich die Adern zu öffnen gesucht, zum Glück aber nicht das rechte Messer dazu gefunden habe, und auf zerrüttete Familienverhältnisse deutet wohl das Angebot eines gewandten siebenzehnjährigen Knaben, dessen schulischer Wunsch dahin geht, in einer Akrobatentruppe Aufnahme zu finden. Dieser Wunsch dürfte ihm erfüllt werden, denn für alle Fächer des Spezialitätenwesens giebt es Lehrer, ja, wer sich diesem Berufe widmen will, braucht für gewisse Zweige gar keine Vorkenntnisse. Ein Fabrikant in Hannover bietet ein reichhaltiges Verzeichniß von Zauberstücken und „Illusionen“ dar unter der gleichzeitigen Erklärung, daß „der Unterricht bis zum vollendeten Künstler gratis“ sei, wenn der Apparat bei ihm gekauft worden. Billig mag dieses Handwerkszeug freilich nicht sein, denn wir finden mannißfache Anzeigen, laut welchen gebrauchte Requisiten wohlfeil zu kaufen gesucht werden. Hieraus erfahren wir zugleich, daß neuerdings das zarie Geschlecht mit Vorliebe sich dem Athletenstande zuwendet. Außerordentlich preiswerth erscheint die Anleitung der Erlernung der Bauchredner-kunst, welche nur 2,50 M. kostet und Jedermann befähigt, binnen 14 Tagen diese edle Kunst vollendet auszuüben. Wer nach solchen und anderen lockenden Anerbietungen die Lust verspüren sollte, den bisher wenig lobnenden Beruf mit dem des Artisten zu vertauschen, indessen im Zweifel ist, welchem Zweige des Spezialitätenwesens er sich widmen soll, den verweisen wir auf die große Ausstellung, welche demnächst in Hamburg auf die Dauer von sechs Wochen eröffnet werden wird. Die Ausstellung wird ein Bild der Gesamtindustrie für Schaustellungen und verwandte Branchen“ geben, vom schlichten Plüsch- und Laternen-fabrikanten bis zur Panoramamalerei und Wachsplastik. Wie vielgestaltig das Artistenthum ist, bekundet das hässliche, nach mehr als 40 besonderen Fächern geordnete Adressenverzeichnis. Das Fach der Schwertschluder weist allerdings nur noch einen einzigen Vertreter auf, während wir von Spezialitäten, „Schrift-stellern“ sechszehn zählen, davon neun in Berlin, und zwar einen, welcher sich der Mitarbeiterchaft an den Zeitchriften „Bazar“ und „Ueber Land und Meer“ rühmt. Letzteres ist ein verlockender Titel für den Artisten, denn über Land und Meer fährt ihn ja sein Beruf, der so international ist, wie kein anderer. Und daß der Künstler in der Fremde wohl aufgehoben sei, dafür sorgen die in allen Großstädten bestehenden „Artisten-beime“, die ihm wohlfeil Quartier und Kost geben. Selbst im entlegenen Moskau giebt es ein solches Heim, und daß es dort gemächlich zugeht, beweist der Zusatz: „Familien können selbst lochen.“

Die Feuerbestattung dürfte in Kurzem in Berlin einen lächtigen Schritt vorwärts thun, wenn sich die Nachricht bestätigt, wonach die kaiserliche Abordnung des Berliner Stadtraths Friedel zur Einweihung der für die Feuerbestattung gewählten neuen Stätte in Hamburg nur der Vorläufer einer in Erwägung gezogenen Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung sei, auf dem allgemeinen städtischen Friedhofe zu Friedrichsfelde ein Krematorium zu errichten. Allerdings seien es nicht in erster Reihe ethische Erwägungen, welche dem Gedanken bei unserem Magistrat größere Freunde gemacht haben, sondern sehr praktische Gründe. Es handelt sich um die von Jahr zu Jahr größer werdenden Kosten, welche die Bestattung der todt aufgefundenen, unerkannt gebliebenen und anderer auf Kosten der Stadt zu beerdigenden Personen veranlassen. Ein nach dem Gesetz auf zwanzig Jahre hin unantastbares Grab bildet der Stadt in Berlin größere, mit der Zunahme der Stadt immer wachsende Ausgaben auf, während ein Krematorium in Berlin die Kosten für die Bestattung sehr niedrig stellen würde. Als ein Vorläufer des Krematoriums in Berlin, von dem der Verein für Feuerbestattung hier eine große Zunahme seiner Mitglieder erwartet, ist der Bau der Urnenhalle zu betrachten, die einen weit verhältnißmäßigeren, stimmungsvolleren Eindruck macht, als es die großen Hallen in Mailand thun. Dort reist sich in langen Zeilen in sachwerkartigem Gemauer ein durch einen Verschluß dem Auge entzogene Urne an die andere. Hier in Berlin ist die Anordnung sehr wohl geeignet, erheben zu wirken. Die Urnen, deren Gestaltung dem künstlerischen Empfinden freien Spielraum läßt, ruhen auf Postamenten oder Säulen, reicher und geschmackvoller Blumenschmuck benimmt dem Kolossalismus den düsteren Charakter und läßt auch hier die Anordnung trostreich erscheinen, wie auf einem wohlgepflegten Friedhof. Das Krematorium in Hamburg ist einstweilen zwar nur für in Hamburg Verstorbenen bestimmt, sobald indessen der Senat auch die Benutzung durch Auswärtige zuläßt, wird der Berliner Zweigverein seine Todten nicht mehr nach Gotha, sondern dorthin überführen, der Weg ist beträchtlich kürzer, die Kosten werden sich sehr herab-mindern.

Die Staatsanwaltschaft sucht mittelst Säulenschlags noch drei Zeugen, welche in dem Mordprozeß Heintze gebraucht werden und zwar: den Arbeiter Louis Karl Johann Freuden-hammer, den Maler Johann Siefert und den Möbel-polirer Emil Bellevue. Die durch diesen Säulenschlag verschwiegen hervorgerufene Befürchtung, daß bei Nichtermittlung dieser Zeugen eine Verletzung der Verhandlung eintreten könnte, erscheint nach Lage der Sache nicht begründet. Diese drei Zeugen sind nicht von ausschlaggebender Bedeutung, aber ihre Aussagen sind wohl geeignet, die gegen den Angeklagten Heintze vorhandenen Verdachtsmomente zu verstärken. Heintze war bekanntlich schon am 8. März 1888 unter dem Verdachte, den Nacht-wächter Braun ermordet zu haben, verhaftet, nach etwa zehn Wochen aber wegen Mangels ausreichender Beweise wieder freigelassen worden. Ueber diese seine erste Untersuchung hat er nun seinen späteren Mitgefangenen, zu denen

auch die drei jetzt Gefangenen gehören, eine Reihe von Mittheilungen gemacht, welche auf eine Theilnahme am Morde schließen lassen und namentlich auch sich auf angebliche Verfolgungen der Heinge durch den Wächter Braun bezogen. Gleichen die Gefangenen unermittelt, so ist immer noch eine Anzahl von ehemaligen Mitgefängenen vorhanden, welche die vorhandene Pöbe ausfüllen. Wie wir hören, werden sich unter den Zeugen zwölf Strafgefangene aus Pflanzens befinden, welche, um den fortgesetzten Transport zu vermeiden, bei Beginn des Prozesses hierher befördert und dann während der Dauer der Verhandlungen hier im Untersuchungsgefängnis behalten werden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gerichtsgebäude während der Verhandlungen sollen angeblich dreißig Scharleute kommandirt werden.

Ueber den Unglücksfall auf dem Schießplatz bei Jüterbogk werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Die Katastrophe ereignete sich am Schluß der Schießübung; es war der letzte Schuß, den das Regiment noch abzufeuern hatte. Als derselbe nicht losging, rief der Major v. Eckardt den Waffmeister Schmidt herbei, damit dieser die Entladung bewirke. Schmidt ging völlig nach Vorschrift zu Werke, indem er die Panzerkornen umdrehte und das Geschos nach hinten herausstoßen wollte. Hierbei hat sich wahrscheinlich unverbranntes Pulver — dasselbe soll von ältester Art gewesen sein — entzündet, und das Geschos, eine ungefähr 50 Kugeln enthaltende Kartusche, wurde nach hinten zu herausgetrieben. Dem Waffmeister, der das Geschos mit beiden Händen herausstoßen wollte, ist die eine Hand ganz, die andere zur Hälfte abgerissen. Der unglückliche Mann wollte sich am 6. Okt. verheirathen. Zur Ausbildung in seinem Fach hatte er bei dem Verfertiger dieser Geschosart, Grafen in Magdeburg, einen Kursus absolviert. Ueber den Zustand der übrigen Verunglückten wird berichtet: Major v. Eckardt, der sich in der Vergewaltigungsklinik in Berlin befindet, hat eine Kugel in die Schulter und eine in den Mund erhalten, die zum Theil den Unterkiefer zertrümmert. Beide Kugeln sind jedoch entfernt und es ist sichere Hoffnung auf Genesung vorhanden. Hauptmann Gd. in Pflege bei seinen Eltern in Berlin, erhielt eine Kugel in den Kopf, die auch bereits herausgezogen ist. Er wird keinen dauernden Schaden an seiner Gesundheit erleiden. Am schwersten verwundet ist der Kanonier Hambach von der 4. Kompagnie, der eine Kugel in die Stirn erhielt, die ins Gehirn drang. In seinem Aufkommen wird gezwweifelt. Schwer verwundet ist ferner der Unteroffizier Proch, dem der Unterkiefer auseinandergerissen ist, und der Obergefreite Roggendorf. Mehrere Mannschaften sind leicht verwundet. Der Zustand des Schmidt ist lebensgefährlich. Bei Major v. Eckardt ist noch eine Gehirnerschütterung hinzugekommen.

Zwanzig Jahre eine dicke Stopfnadel im Körper zu tragen, dies zweifelsfrei Vergnügen hat der Bäckergehilfe Karl Schöck, welcher beim Bademeister Lieber, in der Adalbertstraße, zuletzt Gefelle war, gehabt. Die Stopfnadel ist ihm als Schling in den Körper gerathen und wurde von dem Erwachsenen längst für ausgeschieden gehalten, bis sich dieser Tage, als er Holz abladen half, plötzlich ein stechender Schmerz im rechten Oberarm bemerkbar machte. Der Schmerz steigerte sich dermaßen, daß Schöck seinen Arm genauer untersuchte. Da war die Spitze der Stopfnadel durch die Weichtheile gedrungen und lugte vor. Von einem Arzte der Sanitätswache Adalbertstr. 10, wohin Sch. sich unverzüglich gewandt hatte, wurde er von der Nadel befreit. Die Entfernung der Nadel aus dem Arm des Patienten erforderte eine schwerste Operation und der Arzt hatte nicht geringe Mühe, die Nadel, welche sich um den Knochen gebogen hatte und fest in ihr nummehreres Lager eingemacht war, zu lösen. Am Sonnabend ist die Operation erfolgt; das Befinden Schöck's ist nicht unbedenklich.

Eine Schreckensszene verursachte vorgestern Nachmittag gegen 4 Uhr in einem Anstalts von Zofbuch der Hausdiener Hildeheimer im Spielwaaren-Geschäfte von Emma Vette, Leipzigerstr. 81. Hildeheimer ergriff nämlich plötzlich einen Hammer, hieb damit auf eine der Verkaufstheken ein und zertrümmerte sodann eine Menge Spielwaaren. Daraus wendete er sich zum Schaufenster, das er mit dem Hammer in Scherben zertrümmerte, die auf die Straße flogen. Zum Glück wurde von den Passanten durch die schweren Glasscheibe Niemand beschädigt. Mehreren herbeigerufenen Schulknechten gelang es erst nach großen Anstrengungen, den Wahnwüthigen zu bändigen. An Fäßen und Händen gefesselt wurde derselbe in die Charitee geschafft. Hildeheimer war erst seit vier Wochen in dem Vette'schen Geschäft thätig und hatte bisher keine Spur von Geistesstörung gezeigt.

Auch ein Zeichen des Nothstandes. Gestern Dienstag 1/2 Uhr Nachmittags wurde einem Kinde der Korb mit Essen von einer Frau entwendet. Diefelbe schickte das Kind in das Gehäus Restaurant-Alte und Lehrdeinerstraße mit dem Auftrage, nach einem Namen zu fragen; der Korb mit dem Essen wollte die Frau so lange in Verwahrung nehmen. Als das Kind erschien, war die Frau mit Korb und Essen verschwunden. Es müssen doch sehr traurige Verhältnisse bei der Frau herrschen, daß sie sich an solchen Gegenständen vergreift.

Ein Rächer seiner Ehre, der allerdings nicht ganz zum Ziel kam, veranlaßte am Montag in der Gegend der Zannowbrücke einig's Aufsehen. Auf einem Omnibus saß ein jüngerer Mann, der vor sich eines jener Oelgemälde hielt, die der Berliner als „Eil-Bilder“ bezeichnet. Der junge Mann hob das Bild, das vor ihm an die Barriere des Omnibus-Decks gelehnt stand, plötzlich auf seinen Schooß und suchte augenscheinlich hinter der breiten Fläche seinen Oberkörper zu verbergen. Unten von dem Straßendamme aus aber suchte ein kleiner, bieder Mann eben so eifrig, dem Träger des Bildes ins Gesicht zu sehen. Plötzlich sprang der Dicke auf das Treittrett des Wagens, zahlte dem Kondukteur 10 Pfennige und wollte auf's Deck, wurde aber hieran mit dem Bemerken gehindert, daß der Wagen oben vollbesetzt sei. Vergebens bot der Dicke dem Kondukteur 10 Pfennige Trinkgeld, wenn er ihn auf das Deck des Wagens lasse, dann sprang er ab, hob von dem freudigen Straßendamme auf, was er in die Hand bekam und begann damit ein Bombardement gegen den Inhaber des Bildes, der sich desselben unannehmlich mit gutem Erfolge als Schutzwehr gegen die feindseligen Geschosse bediente, durch welche natürlich auch die übrigen Mitfahrenden gefährdet wurden. Vor dem Eingange zum Stadtbahnhof machte ein Schuhmann der Scene ein Ende, indem er den Dicken anhielt; das that aber auch der Omnibus und die darauf Sitzenden hörten noch die laute Rechtfertigung des Dicken: der verdammte Kerl ist mit meiner Frau durchgegangen! — Als der Omnibus davon fuhr, athmete der Bildgeschütze erleichtert auf und als er die neugierigen Blicke der Mitfahrenden auf sich gerichtet sah, meinte er augenscheinlich erleichtert: der Duffel kann seine Olla jerne wiedererliegen!

Beim Chebruch erriepete der Geschäftsführer M. eines bekannten Restaurants am Halleschen Thore, als er in der Nacht zum Sonntag wider alles Erwarten zeitig nach Hause kam — M. wohnt in der Kochstraße — sein über Alles geliebtes Weib. Da wo er selbst sonst zu ruhen pflegt, fand er einen Fremden. M. nahm auf die nächtliche Stunde wenig Rücksicht, griff zum Stock und trieb den Fremden fast nackt unter furchtbaren Schlägen zum Hause hinaus, über mehrere Straßen, bis zur Polizeiwache. Dann kehrte M. in seine Wohnung zurück und prägelte sein äppiges Weibchen durch. Am Sonntag gab es in der M.'schen Wohnung nochmals Prügel, am Montag abermals, und was weiter vorkommt, wird die Geschichte lehren.

Die Zeichen von drei Selbstmördern sind im Grunewald gefunden und bis jetzt noch nicht rekonstruirt worden. Der Eine, ein Greis von 70 Jahren, war gut gekleidet, trug silberne Uhr,

Portemonnaie und Bisttentasche mit einem Badesittel zum Kaiser Wilhelm-Bade in Berlin bei sich und scheint den Tod durch Vergiftung herbeigeführt zu haben. Der Zweite, ein kaum dreißigjähriger junger Mann, von außerordentlich kräftigen Körperbau, hat sich durch einen Schuß getödtet, und der Dritte, ein Mann im Alter von 45 bis 50 Jahren, wurde erhängt vorgefunden. Derselbe trug u. A. einen Hut mit der Firma G. Köpfe, Berlin S., Pringelstr. 60 und ein mit A. E. gezeichnetes Taschentuch bei sich. Angaben über die Identität der Selbstmörder sind an den Oberförster Grafen v. Haussonville im Forsthaus Grunewald bei Zehlendorf zu richten.

Selbstmord. Vergiftet hat sich in der gestrigen Nacht die Frau eines in der Brunnensstraße wohnenden Handwerkers A.; ein ehelicher Streit des erst seit fünf Wochen verheiratheten Paares regte die junge Frau derartig auf, daß sie am Sonntag Nachmittag zu Verwandten, die sie erzogen hatten, zurückkehrte und weinend erklärte, daß sie mit ihrem Gatten, der schon während der Plünderung sie beleidigt, nicht weiter leben könne! Natürlich gaben ihre Angehörigen der sich wie verzweifelt Übergebenden Unrecht und diese nahm unter lauten Schreien Abschied mit den Worten: „Ihr treibt mich ja in den Tod!“ In der That konnte Niemand ahnen, daß die Exaltirte wenige Stunden später ihre Worte wahr machen würde. In Abwesenheit ihres Mannes, der schmolend die ganze Nacht nicht nach Hause kam, nahm die A. Gift — Arsenik — und wurde gestern Morgen todt aufgefunden. Die Leiche der jugendlichen Selbstmörderin wurde nach der Morgue geschafft.

Einen Doppel-Selbstmord beging Sonntag Nachmittag am Nimmelsburger See vor den Augen der Gäste des gegenüberliegenden Restaurants ein Herr und eine Dame, welche sich vollständig entkleidet, von einem Fischkasten aus ins Wasser stürzten. Da des Sonntags wegen sich keine Schiffer in der Nähe befanden, war eine Rettung unmöglich. Die Leiche der Dame wurde bereits am Abend angeschwemmt und geborgen, während die des Mannes noch nicht gefunden ist. Aus Briefen, welche sich in den Kleidern der Selbstmörderin befanden, geht hervor, daß unglückliche Liebe das Motiv der Verzweiflungsthat war.

Mit zermalnten Weinen wurde am Montag Mittag der Fuhrherr Vierzich nach der Sanitätswache, Adalbertstr. 10, auf seinem eigenen Wagen gefahren. Der Kerne hatte, wie es die Fuhrer von Arbeitswagen leider häufig zu thun pflegen, seitwärts auf seinem Wagen gesessen und die Weine hantirungen lassen. Da ist ein entgegenkommender Rollwagen so dicht an den L.'schen Wagen gerathen, daß er L.'s Weine erfasste und zermalnte. Der rechte Fuß trug außer den Fleischwunden einen doppelten Bruch des Schienens und des Wadenbeines, der linke furchtbare Quetschungen davon. Nach Erhalt der ersten ärztlichen Hilfe mußte Fuhrherr L. in das nächste Krankenhaus geschafft werden. Sein Schmerzgeschrei war unbeschreiblich. Nach ärztlichem Gutachten dürfte L. beide Weine verlieren und durch die Amputation, sofern nicht Alles gut verläuft, schließlich noch sein Leben. L. ist der Ernährer einer Familie.

In der Möbelfabrik von B. Eckert, Ruppinerstr. 9, verunglückte ein Tischlerlehrling so, daß ihm der rechte Arm vom Körper vollständig abgerissen wurde. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Der junge Mann ist 16 Jahre alt und wohnt bei seinen Eltern Ruppinerstr. 9.

Polizeibericht. Am 21. d. M. Vormittags wurde vor dem Hause Große Frankfurterstr. 67 ein fünfjähriger Knabe von einem Pferdeabfuhrwagen überfahren und am rechten Arm so bedeutend verletzt, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — In derselben Zeit wurde vor dem Hause Pringelstr. 21 a die zwölfjährige Frieda Haase von einem aus dem Thorwege herausfahrenden Wagen überfahren und erlitt hierbei eine bedeutende Quetschung beider Weine. — Vor dem Hause Neue Köpcke, 84 wurde Mittwoch eine Frau von einem Geschäftswagen überfahren und am linken Auge und dem linken Bein bedeutend verletzt. — Als an demselben Tage Nachmittags in der Möbelfabrik von Eckert, Ruppinerstraße 9, der Arbeiter Banket damit beschäftigt war, einen Dreibriemen an einer Kreisfäge anders zu legen, gerieth er zwischen diesen und die Welle, wurde mit herumgeschleudert und erlitt eine Zermalmung des rechten Armes, so daß er nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — In einem Geschäftslokal in der Leipzigerstraße 84 verlor Nachmittags der Hausdiener Hildeheimer plötzlich in Zofbuch und zertrümmerte mit einem Hammer mehrere Verkaufsgegenstände, sowie ein Schaufenster, und zog sich hierbei Verletzungen am Kopf und der linken Hand zu. Einem herbeigerufenen Schuhmann verlegte er mit dem Hammer einen Schlag gegen den Helm. Hildeheimer wurde gefesselt und nach Anlegung eines Verbandes nach der Charitee gebracht. — Abends fiel vor dem Hause Bergmannstr. 18a eine Frau von einer Person plötzlich infolge eines Schlaganfalls besinnungslos nieder, wurde nach dem Krankenhause am Urban gebracht, wo jedoch nur der bereits inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden konnte. — Vor dem Hause Neue Köpcke, 15 wurde zu derselben Zeit ein Dienstmann beim Überschreiten des Fahrdammes von einem Arbeitswagen überfahren und erlitt außer bedeutenden Verletzungen am Kopfe einen Bruch des linken Unterarmes. Er wurde nach der Charitee gebracht. — An demselben Tage Abends ging in der Neuen Königstraße das vor einen Wagen gespannte Pferd des Schlächters Riebelshaus durch und ließ gegen einen vor dem Hause 42 haltenden Wagen. Riebelshaus wurde hierbei vom Wagen geschleudert und erlitt einen Bruch des Beines, so daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Bronckstr. 118 wurde Abends eine unbekannte, etwa 60 Jahre alte Frau, augenscheinlich krank, auf der Thorschwelle stehend aufgefunden und nach der Sanitätswache gebracht. Sie verstarb bereits auf dem Wege dorthin. — Bei dem am 21. d. M. Nachmittags stattgehabten Gewitter schlug der Blitz auf den Grundstücken Ruheplatz 13 und Uferstr. 115 ein, ohne zu zünden. Ferner schlug der Blitz in einen Telephonbrunn über dem Hause Memelerstr. 33. Der Postkellner Köhler, welcher gerade vorüberging, wurde durch den Blitzschlag betäubt, ohne jedoch weiteren Schaden zu erleiden. Außerdem war infolge des Gewitterregens das Pferdeabfuhrgeleise auf dem Mühlweg unterbrochen, so daß eine längere Unterbrechung des Pferdeabfuhrbetriebes eintrat.

Gerichts-Beitrag.

Eine „haarige“ Geschichte, die vielleicht passender im Triftenladen als im Gerichtslande ihrem Ende entgegengeführt werden kann, beschäftigte gestern die VI. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Die Wittwe Hakel hat sich einen sonderbaren Erwerbssweig ausgewählt, der ihr aber anscheinend vortreffliche Einnahmen zuführt: sie bereist in Begleitung einer haarigen Tochter die Provinzen, pilgert von Dorf zu Dorf, um Stadtlein zu Stadtlein und erbetet sich, den schönen Provinzialinnen aus angeklammerten Haaren die herrlichsten Zöpfe herzustellen. Die weibliche Eitelkeit, welche überall zu Hause ist, wohnt natürlich auch auf dem kleinsten Neste Hinterpommerns und so kommt es denn, daß überall, wo sich die Zopfflechterin sehen läßt, ihr die Herzen der Frauen und Jungfrauen entgegen schlagen und ganze Berge von Haaren ihr geheimnißvoll zugeführt werden. Die Verarbeitung der letzteren zu Zöpfen geht mit außerordentlicher Schnelligkeit vor sich, es scheint aber, als ob dabei manche Metamorphose unterläuft, denn gar manche der zopflüsternden Frauen hat mit stillem Grauen das Fabrikat der Frau Hakel angestarrt und gesehen, daß das Haar in dem Zopfe eine absolut andere Farbe hatte, als das Haar auf ihrem eigenen

Haupte. In einzelnen Fällen war der Unterschied ein so großer, daß die Frauen den heiß ersehnten Haarschmuck überhaupt nicht zu tragen vermochten, in anderen Fällen wurde direkt die Verschuldigung erhoben, daß die Zöpfe gar nicht aus den gelieferten Haaren angefertigt, sondern schon fertige, minderwerthige Zöpfe untergeschoben worden seien. Das Schöffengericht hatte f. Z. diese Verschuldigung für erwiesen erachtet und Frau H. zu einer kleinen Freiheitsstrafe verurtheilt. Bei der gestrigen Verhandlung in der Berufungsinstanz verwandelte sich der Gerichtssaal in eine Art Hochschule für Friseur- und solche, die es werden wollen. Zwei anwesende Vertreter der Friseurinnung, welche an Ort und Stelle die Zöpfe der angeblich betrogenen Landesherrinnen zu untersuchen hatten, fielen sich auch gegenseitig einigermassen in die Haare und waren über die Frage, ob die Angeklagte nicht nur „falsche Behauptungen“ verfertigt, sondern auch ausgeführt habe, grundverschiedener Meinung. Bei dieser Sachlage sah der Gerichtshof nur einen Weg, um aus dem Dilemma herauszukommen: er beschloß, als Obergutachter in dieser haarigen Angelegenheit den Oberfriseur am Schauspielhaus August Wolz zu laden, welcher nun in einem nächsten Termine mit den beiden dissentirenden Genossen der Kunst hoffentlich zu einer endgültigen Entscheidung kommen wird.

Die Verhandlung gegen den Geh. Hofrath a. D. Manché, den früheren Vorsteher des Bureaus des Geh. Zivilkabinetts, gegen welchen das Verfahren wegen Unterschlagung, begangen gegen den Kaufmann Thomas von der Firma Thomas u. Keiling, eröffnet worden ist, findet am 13. Oktober vor der III. Strafkammer statt. Bekanntlich sind durch die f. Z. konfirmirte Proschüre des Rechts Anwalt gewisse Vorgänge bei Ordens- und Titelverleihungen zur Sprache gekommen, welche der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der jetzigen Anklage Veranlassung gegeben haben. Der Verhandlung wird man mit großem Interesse entgegensehen können, da einzelne Mißstände, welche auf diesem Gebiete bisher obgewaltet haben, eine große Beleuchtung erfahren dürften. Der Verteidiger M. A. Dr. H a s e hat zur Entlastung des Angeklagten neuerdings noch mehrere hochstehende Beamte vorladen lassen.

Wegen Betruges stand gestern der frühere Nachwächter Michael Siegmund vor dem hiesigen Schöffengericht. Derselbe war seit fünf Jahren städtischer Nachwächter, meldete sich aber am 15. April er. krank und gleichzeitig zum 1. Mai sein Ausscheiden aus dem Dienste an. Er ist in seinen dienstlichen Obliegenheiten vom 15. April ab durch einen Reservewächter vertreten worden und am 30. April thatsächlich aus dem Dienst geschieden. Trotzdem ist er noch am 1. Mai zu den Hauswirthten seines Reviers gegangen und hat das sogenannte Schlüsselgeld, welches den Nachwächtern als Nebenverdienst zu ihrem Gehalt zuzählt, einfordert, ohne seinem Vertreter den pflichtgemäßen Antheil abzugeben. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß er die Sache so gehandhabt habe, wie er es seit 5 Jahren von anderen Nachwächtern in ähnlicher Lage gesehen und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Haase suchte den Gerichtshof zu überzeugen, daß hier höchstens ein zivilrechtlicher Anspruch gegen den Angeklagten geltend zu machen sei. Da aber ein bestimmter Tagesbefehl besteht, in welchem den Nachwächtern genaue Fingergelder bezüglich der Abrechnung mit etwaigen Stellvertretern gegeben sind, so erachtete das Schöffengericht den Angeklagten zwar nicht des Betruges, wohl aber der Unterschlagung für schuldig und verurtheilte ihn zu 20 M. Geldbuße.

Ein krasser Fall von Thierquälerei beschäftigte gestern die 92. Abtheilung des Schöffengerichts. Der auf der Anklagebank befindliche Fuhrherr Anton Brause bereitete den Passanten der Lutherstraße am Vormittage des 9. Mai einen abstoßenden Anblick. Er hatte vor seinem Wagen ein Pferd, welches einen jämmerlichen Eindruck machte. Es hatte am Kopf, Hals, an den Hufeisen und an den Hüften, also fast an ganzen Körper, Wunden, die zum Theil bis auf den Knochen gingen und nur nothdürftig mit Theer beschmiert waren, um die Fliegen abzuhalten. Wie der Thierarzt vor Gericht bekundete, waren die Hinterbeine von Argeuma heimgesucht, so daß das Thier sich kaum aufricht zu halten vermochte. Nur durch die sorgfältigste Pflege sei es möglich geworden, das Thier vor Verenden durch Marasmus zu schützen. Sei es schon unerlaubt, ein Pferd in solchem Zustande zur Arbeit zu zwingen, so mußte es noch viel schwerer ins Gewicht fallen, daß der Angeklagte es durch Peitschenhiebe und Züchtigungen zu außerordentlichen Anstrengungen anspornte. Der Beschuldigte wollte das Pferd schon in so abgemagertem Zustande verkauft haben, wie es später gefunden wurde, die Wunden sollte es sich selbst beigebracht haben, als es von Kellerschmerzen beimgelacht wurde. Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 30 M., der Gerichtshof erkannte auf 15 M. Geldstrafe event. 3 Tage Haft.

Einen Blick in das Getriebe mancher Gesindevermietungs-Bureaus gestattete die Betrugsanlage, welche die zweite Strafkammer gestern gegen die Gesindevermietlerin Engel geb. Lindemann und die verehel. Mich a l o w s k a geb. Schlott zu verhandeln hatte. Die erste Angeklagte trägt ihren Namen mit Unrecht, denn sie hat ihr Gewerbe mit allerlei Zusatzen betrieben und ist vor einigen Monaten zu zwei Jahren ein Monat Zucht haus verurtheilt worden, weil sie ein der Dienstmädchen, die sie immer „auf Lager“ hielt, in einem gegen sie schwebenden Betrugverfahren zum Meide hatte verurtheilt wollen. Bei der Erledigung jener Anklage kam auch der verurtheilte Kauf zur Sprache, wegen dessen nun die beiden Angeklagten zur Verantwortung gezogen wurden. Ein Kaufmann f., welcher Namens seiner Frau für sein neugeborenes Kind eine Nimmelsuche, gerieth in das Bureau der ersten Angeklagten, welche ihr die bei ihr wohnende Michalowska bringend anempfahl. Sie zeigte dabei einen wohlgenährten, pausbäckigen jungen Weltbürger und gab an, daß dies das Kind der M. sei und deren Leistungsfähigkeit glänzend illustrierte. Thatsächlich imponirte der körperliche Zustand des kleinen Herrn f. dermaßen, daß er mit freudigen Girscheibeghären, Reisevergütung und Vorschuß zahlte und die Michalowska im Triumph seiner Gattin zuführte. Die Erfüllung der erwarteten großen Hoffnungen blieb aber gänzlich aus; die M. hatte nicht die geringste Fähigkeit, diese Stelle auszufüllen, denn der ihr zur Ernährung überwiesene Spördschlag war vollständig auf die Dunkelheit gesetzt. Die Lösung dieses Räthfels kam von einer anderen Amme, welche schleunigt engagirt werden mußte. Diefelbe war zufällig eine Landsvännin der M., welche mit dieser gemeinsam aus Noworaglaw hierher gekommen und bei der Frau Engel abgestiegen war. Diefelbe verrieth dann der erkannten Herrschaft, daß der Herr f. vorgewiesene pausbäckige Kleine ihr eigenes Kind gewesen, welches ihm in betrügerischer Weise vorgewiesen worden, während das Kind der Frau M. schon mehrere Wochen todt und die letztere gar ohne Nahrung war. Der Gerichtshof ahndete diesen Verstoß bei der Engel mit 6 Monaten Zucht haus zufällig und bei der M. mit 1 Monat Gefängnis.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Glaschleifer!
In der Glasbuchstaben-Schleiferei von C. Bruns Simon u. Co., Berlin, Schwedterstr. 12, sind vier Kollegen gemahregelt worden. Es wird gebeten, den Bezug streng fest zu halten. Alles Nähere in der nächsten Versammlung, in welcher die Angelegenheit zur Sprache kommen wird.

10 Steinmehnen, welche beim Dambau in Bremen beschäftigt waren, sind, wie man mit Grund vermuthen

Könne glaubt, deshalb entlassen worden, weil sie einer Berufsorganisation, einem Fachverein angehört.
Auch in diesem Dom wird natürlich nach seiner Vollendung „Religion der Liebe“ gepredigt werden, trotzdem schon bei seinem Bau nicht nur der Menschenliebe, sondern selbst der simpelsten Gerechtigkeit durch die oben bezeichnete Handlung ins Gesicht geschlagen wurde.

Ein Organistenkreis droht den katholischen Gläubigen Hessens. Die katholischen Organisten Hessens beschließen nämlich in einer in Naumburg abgehaltenen Konferenz, das erzbischöfliche Ordinariat um endgültige Regelung der Gehaltsfrage zu ersuchen und zwar nach der Richtung hin, daß für die Ausübung des Orgelspiels an Sonn- und Festtagen eine Minimalbezahlung von jährlich 200 M. eingeführt würde. Ingleichen einigte man sich dahin, falls die kirchliche Behörde sich dem Verlangen gegenüber ablehnend verhalten sollte, man die Intervention des hessischen Ministeriums anrufen würde, um eventuell die gesetzliche Entbindung von dem Organistenstande für alle hessischen Lehrer nachzusuchen. Sollte diese verweigert werden, so wollen, nach dem „Offenbacher Abendblatt“, einige Lehrer einfach aufhören, den Dienst zu versehen. Das wäre ein Streik in aller Form.

Der **Kußstand der Dockarbeiter in Havre** hat, wie die „Ndl. Ztg.“ berichtet, mit einem Siege der Arbeiter geendet. Die Unternehmer bewilligten die verlangten 8 Franken Lohn-erhöhung.

In **London** streiken seit voriger Woche dreihundert Werftarbeiter der London Carross- und Permalage-Compagny, weil ihnen von Seiten der Verwaltung die Bezahlung der Effekten nicht weiter bewilligt wurde, wie es seit dem großen Streik von 1890 üblich gewesen war. Das Kapital ist eben immer bestrebt, die ihm abgerungenen Konzeptionen bei erstbestem Gelegenheit wieder zurückzunehmen, und dazu bietet die jetzige Geschäftsflaute eine vortreffliche Handhabe. Der Compagny ist es gelungen, die Streikenden, welche alle einer Organisation angehören, zum Teil durch sogenannte „freie Arbeiter“ zu ersetzen. Sie scheint aber mit den Streikbrechern nicht recht zufrieden zu sein, denn in einer Bekanntmachung wünscht sie „ihren alten Arbeitern, von denen viele seit einer Reihe von Jahren zu beiderseitiger Zufriedenheit thätig waren, Gelegenheit zu geben, sich wieder anstellen zu lassen und zwar unter folgenden Bedingungen: Werftarbeiter von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr 8 Pence (a 8 1/2 Pfg.), Schiffsladern 7 Pence per Stunde, mit Abzug der Effektenzeit; von Abends 6 Uhr bis Morgens 6 Uhr 8 bei 9 Pence per Stunde ohne Abzug für die Effekten. Offenbar ist dieses scheinbare Entgegenkommen nur darauf berechnet, die nachgiebigeren Elemente zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen und dadurch den Streik illusorisch zu machen.

Versammlungen.

In der **Versammlung des Verbandes der Bar-, Bier- und Friseurgehilfen** am 17. d. M. referierte der Vorsitzende Steczniowski über die Frage: „Wie stellen wir uns zu der am 1. April l. J. laut Arbeiterschutz-Gesetz in Kraft tretenden Sonntagsruhe?“ Derselbe gab zunächst seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß dieses Gesetz ein solches Zwitwending geworden sei und wies sodann darauf hin, daß die Innung bereits zu der Bestimmung, daß an Sonntagen die gesetzlich zulässige Arbeitszeit fünf Stunden nicht übersteigen dürfe, insofern Stellung genommen habe, als beschlossen worden sei, eine Petition an den Polizeipräsidenten zu richten, dahingehend, von seinem Ausnahmeverrechte Gebrauch zu machen und zu bestimmen, daß die Arbeitszeit der Bar-, Bier- und Friseurgehilfen des Sonntags zehn Stunden betragen solle. Die wohlwollende Innung sei der Ansicht, daß das ganze Gewerbe zu Grunde gehen müsse, wenn die Gehilfen des Sonntags nur fünf Stunden arbeiten. Redner erklärte eine derartige Behauptung für unwahr, das Geschäft sei durchaus nicht von den fünf Stunden Sonntagsarbeit abhängig. Die Erfahrung hat vielmehr gelehrt, daß an Sonntags-Nachmittagen herzlich wenig zu thun sei und in fünf Stunden die ganze Arbeit erledigt werden könne, die heute in 10-12 Stunden verrichtet werde. Auch sei es ein natürliches Bedürfnis der Gehilfen, die Sonntags-Nachmittage frei zu haben. Redner war der Ansicht, daß die Gehilfenchaft eine Gegenpetition an das Polizeipräsidentium zu richten hätte, wünschenswert auch an dieser Stelle den Gehilfen kein Häufschreier erhebe, wie im Reichstoge durch Weibel. Redner war weiter der Meinung, daß diese Petition sobald als möglich zu entscheiden sei, daß mindestens 1000 der hier in Berlin beschäftigten Gehilfen, deren Zahl auf 1500 geschätzt wird, dieselbe zu unterschreiben hätten. Zu diesem Zwecke müsse eine äußerst nachdrückliche Agitation durch Abhaltung von Versammlungen in allen Stadtbezirken, durch Flugblätter, von Mund zu Mund betrieben werden. Die Versammlung stimmte diesen Ansichten durchaus zu und beauftragte den Vorstand, alles Erforderliche scharf und bestimmt zu tun. In Ergänzung des Vorstandes wurden sodann gewählt die Kollegen Schubert, Härtgen und Hecke. Auch wurde bekannt gegeben, daß in kürzester Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, bezugs Neuwahl der Agitationskommission, da die bestehende fast entschlafen sei, und eventuell auch Neuwahl des Delegierten zur Streik-Kontrollkommission. Die Eröffnung der Fachschule ist leider noch nicht möglich, da die Anmeldungen zur Teilnahme am Unterricht bisher zu spärlich erfolgt sind. Mit der Mahnung, den Termin (ultimo September), die Austrittserklärung aus der Innungs-Krankenkasse betreffend, nicht zu versäumen, schloß die Versammlung.

Die **öffentliche Versammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Blumen- und Federbranche** am 18. d. M. setzte die Beratung der Statuten der freien Vereinigung sämtlicher in der Blumen- und Federfabrikation und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und der Umgebung fort. Der Herr Stabernack erläuterte kurz die einzelnen Paragraphen des Statuts, welches den Zielen der allgemeinen Arbeiterbewegung angepaßt ist. Dasselbe erblickt die einmütige Zustimmung der Anwesenden. Die Einschreibgebühr wurde auf 20 Pf., der monatliche Beitrag auf 25 Pf. festgesetzt. Im Anschluß hieran fand die Wahl eines vorläufigen provisorischen Vorstandes statt. Derselbe besteht aus Frau Wienisch (erste Vorsitzende), Herr Müller (zweiter Vorsitzender), Fräulein Schatz (erste Schriftführerin), Fräulein Neuenhof (zweite Schriftführerin), Frau Goldacker (Kassiererin), Fräulein Wabnitz, Fräulein Goldacker, Fräulein Wausche und Fräulein Jakoby (Beisitzerinnen). In der folgenden Pause bekundeten die Anwesenden ihr warmes Interesse für die neu geschaffene Organisation durch zahlreiche Mitglieder-Einschreibungen in die zu diesem Zwecke angelegten Listen. Nach Wieder-entnahme der Verhandlungen nahm Genosse Stabernack das Wort zur Charakterisierung des Verhaltens der Fabrikanten gegenüber der geschaffenen Arbeiterorganisation. Derselbe legte seinen Ausführungen den in Nr. 217 des „Vorwärts“ veröffentlichten Sprechsaalartikel der Vereinigung Berliner Blumenfabrikanten und Großhändler zu Grunde und gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß entgegen der in dem besagten Artikel ausgesprochenen Ansicht doch die von einzelnen Fabrikanten getriebene Ausbeutung Schuld an den überaus schlechten Arbeitsverhältnissen der gedachten Branchen sei und daß die häufigen Versuche der Schuldabwälzung von sich auf Andere nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Redner bezeichnete die Erklärung der Fabrikanten als eine gänzlich verkehrte, übte eine scharfe Kritik an denselben und forderte damit den energischen Widerspruch der anwesenden Fabrikanten heraus.

Fabrikant **Rosenberg** erklärte sich selbst für sehr arbeiterfreundlich und als einen der besten Chefs, der gewillt sei, die Arbeiterbewegung zu unterstützen, war aber der Meinung, daß Stabernack von der Sache nichts verstände und der Sache mehr geschadet als genützt habe. Fabrikant **Schreyer** trat dem Referenten gleichfalls in verschiedenen Punkten entgegen, gab aber zu, daß die Arbeitszeit der Arbeiterinnen eine unbegrenzte sei, die in keinem Verhältnis zu dem erzielten Verdienste stehe. Die weitere Debatte gestaltete sich sehr lebhaft und trat in derselben die gegensätzliche Standpunkte sehr scharf zu Tage. Genosse **Stabernack** wies besonders darauf hin, daß sich die Bewegung hauptsächlich gegen die ausbeutenden Fabrikanten richte. Wenn die Herren **Rosenberg** und **Schreyer** so große Arbeiterfreunde seien, als welche sie sich gerierten, und wenn letzterer sich sogar als Sozialdemokrat bezeichne, so hätten sie von der Bewegung nichts zu befürchten, eine Voraussetzung, welche Herr **Schreyer** für sich persönlich gänzlich außer Betracht stellte. Gegen Herrn **Schreyer** wurden übrigens sehr gravierende Klagen laut. Mit großer Majorität gelangte schließlich folgende Resolution zur Annahme:

Die heutige Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Blumen- und Federbranche erklärt sich auf das Entschiedenste gegen den Sprechsaal-Artikel in Nr. 217 des „Vorwärts“, indem die Angaben der Herren Fabrikanten den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Nicht allein die tatsächlichen Verhältnisse und die Gefährdung der Gesundheit bilden den Grund zu den traurigen Verhältnissen in unserer Branche, sondern meistens ist der Trieb der Fabrikanten nach Verdienst und Gewinn die Grundursache solcher Mißstände.

Die Angelegenheit Schreyer wird eine nächste Versammlung nachmal beschäftigt.

In der **öffentlichen Versammlung aller in der Hand- schuhbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen** am 17. d. M. fand der Streik der Handschuhmacher in Friedrichshagen, Burg und Piesnitz auf der Tagesordnung. Die Kollegen **Leid** und **Jacobson** referierten über die Entstehung und den Stand desselben. Wesentlich Neues, was etwa in „Vorwärts“ nicht schon berichtet wäre, konnte nicht angeführt werden, da ebenso wenig auf Seiten der Streikenden wie auf der der Fabrikanten von Nachgiebigkeit die Rede ist. Die Zahl der insgesamt streikenden Handschuhmacher beträgt, wie schon früher erwähnt, 400 bis 450. Befürchtet wurde, daß noch 150 Mann dazu kommen, sobald nämlich festgestellt würde, daß andere Fabrikanten Arbeit für Hopp anfertigen. Dies zu ermitteln, hält freilich sehr schwer, da viele Arbeiten unter dem früheren Namen der Firma **Hoyer, Paul u. Co.** zur Zeit in **Reinhold** angefertigt werden; man glaubt aber annehmen zu können, daß die für die letztgenannte Firma hergestellten Waaren ebenfalls für Hopp bestimmt, d. h. beide Firmen identisch sind. Weitere Hindernisse des Streiks beruhen darin, daß die Arbeiterinnen nicht organisiert sind, vielfach auch von ihren Eltern beeinflusst werden. Im Laufe der sehr regen Diskussion, an welcher sich die Kollegen **Veruigt, Saag, Vatte, Bruder, Frau Bruder, Babegast** und **Andere** beteiligten, wurden ganz besonders die Mißstände, unter denen die Arbeiterinnen zu leiden haben, hervorgehoben, z. B. geringer Lohn, lange Arbeitszeit, die nach Schluß der Fabrik im Hause fortgesetzt wird, und so die Dauer von 18-20 Stunden pro Tag erreicht, und außerdem noch schlechte Behandlung, Befürchtung der Mißstände könne nur durch eine starke Organisation erreicht werden. Das Zusammengehen der Firma **Bladenbed (Sronze-Kunststicker)** mit **Hopp** in politischer Beziehung, d. h. in Bezug auf die Schwärzung der politischen Arbeiterrechte, wurde ebenfalls eingehend diskutiert.

Die Versammlung faßte hierauf einstimmig eine Resolution, wonach eine Volkerversammlung einzuberufen ist, welche zu dem Streik der in der Handschuhbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Stellung nehmen und dadurch den Fabrikanten zeigen soll, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen mit ihren kämpfenden Genossen sich solidarisch erklären. Die Agitationskommission für die Frauenbewegung hat den Auftrag, die hierzu nötigen Schritte zu thun. Ebenso wurde die nachverzeichnete Resolution angenommen:

Die in der heute tagenden öffentlichen Versammlung anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Handschuhbranche beschließen sich zu organisieren. Nur dadurch kann etwas erreicht werden. Gehen sie geschlossen vor, so ist der Sieg sicher.

Unter **Verschiedenem** wurde lange über die Kellnerinnenbewegung debattiert. Eine Resolution, welche sich gegen das Verhalten des **Kellners Thomas** ausdrückt, gelangte auf Anregung **Geerts** nicht zur Abstimmung, dagegen faßte man einstimmig folgenden Beschluß:

Die heutige Versammlung beschließt, die Kellnerinnenbewegung nach jeder Richtung hin zu unterstützen und erwartet dasselbe auch von den organisierten Kellnern.

Verein der Lackierer, Klasse IV. Am 14. September tagte die statutenmäßige Vereinsversammlung. Stadtverordneter **Heindorf** sprach unter großem Beifall über die Gewerkschaftsbewegung und deren Wirkung auf den Sozialismus. Er schilderte die Gewerkschaftsbewegung seit deren Austritt im Mittelalter bis in die Neuzeit und unterzog hauptsächlich die **Pisch-Bändlerischen Konjunktur** sowie die **Produktionsgenossenschaften** einer scharfen Kritik. Eine Diskussion fand nicht statt. Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zur Generalversammlung. Laut Statut der Vereinigung findet alle zwei Jahre eine Generalversammlung statt; die nächste tagt Ende Januar 1902 in Frankfurt a. M. Der Vorsitzende erläuterte nun der Versammlung den Zweck derselben und beantragte die Wahl einer Kommission von fünf Mitgliedern, welche über Statutenänderungen und sonstige Anträge in Beratung treten soll, und ihre Beschlüsse in nächster Versammlung vorzulegen hat. Nach einer lebhaften Debatte wurden die Kollegen **Jourmon, Lewit, Mehan, Schöpfer** und **Hautenbanis** in diese Kommission gewählt. Zum 4. Punkt, Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission für das Sommerhalbjahr 1891 und Neuwahl derselben, erhaltete Kollege **Jourmon** Bericht. Es sind danach 127 Arbeitgeber mit 151 Stellen eingeschrieben worden, wovon 20 außerhalb, darunter eine in Kopenhagen. Arbeitnehmer, welche dem Verein angehörten, ließen sich 106 einschreiben, davon nahmen 69 Arbeit; Nichtmitglieder ließen sich 88 einschreiben, davon nahmen nur 27 Arbeit, mithin blieben 65 Stellen unerledigt. Nach außerhalb wurden 8 Stellen besetzt. Kollege **Jourmon** sprach sein Bedauern darüber aus, daß gerade die Blechlackierer sich am wenigsten daran beteiligten, ferner viele Kollegen sich wohl Scheine geben ließen, aber nicht zur Arbeit gingen, auch nicht im Nachweis sich anmeldeten; dies gereiche dem Nachweis gewiß nicht zur Ehre; möge doch jeder Kollege dahin streben, so viel wie möglich den Nachweis hochzuhalten. Es wurde dann zur Wahl der Kommission geschritten; dieselbe bestand bisher aus acht Mitgliedern, was für zu viel erachtet wurde; man reduzierte deshalb diese Zahl für das Winterhalbjahr auf vier Mitglieder und wählte in die Kommission die Kollegen **Jourmon, Warndt, Leben** und **Hoffmann**, welche sämtlich die Wahl annahmen. Zum 5. Punkt, Anträge des Vorstandes, lagen zwei Anträge vor, wovon der erste forderte, daß in Abrede steht der Arbeitslosigkeit der Kollegen im Winter der Vorstand jedem Mitglied der Nachweis-Kommission pro Woche 1 M. Entschädigung verabsolgen solle. Dieser Antrag wurde nach lebhafter Debatte angenommen, ebenso der zweite Antrag, nach welchem die Vorstandsmitglieder für jede Vorstandssitzung 50 Pf. bekommen sollen. Unter „Verschiedenem“ theilte Kollege **Hautenbanis** mit, daß Montag, den 28. September, eine öffentliche Lackierer-Versammlung stattfindet, welche den sehr wichtigen Tagesordnungspunkt besprechen soll: „Wie erringen wir eine kürzere Arbeitszeit und eine Lohnaufbesserung?“ Die Kollegen werden ersucht, recht rege für guten Besuch der Versammlung zu agitieren, da es von großem Interesse ist, daß sämtliche Lackierer zu jener Frage Stellung nehmen. Das Lokal, in

welchem die Versammlung stattfindet, wird am Sonntag vorher im „Vorwärts“, sowie durch Briefe in den Werkstätten bekannt gegeben, jedoch sollen die Kollegen sich mehr an den „Vorwärts“ halten, da, wie vielfach geklagt wurde, die Briefe von vielen Meistern nicht an die Kollegen abgegeben würden. Diejenigen Kollegen, welche solches in Erfahrung bringen, sind ersucht, davon sofort dem Vertrauensmann der Lackierer Nachricht zukommen zu lassen, damit gegen den betreffenden Meister scharfste Strafrechtlich vorgegangen werden kann. Kollege **Lewit** stellte es hierauf denjenigen Kollegen, welche keine Arbeit haben, anheim, sich sofort beim Vorstand oder dem Nachweis zu melden, damit auch wir eine Statistik der Arbeitslosen aufnehmen und dieselbe dem Stadtverordneten Jubel zur Verwertung einhändigen können. Kollege **Warndt** ersucht diejenigen Kollegen, welche über das Sommerfest noch nicht abgerechnet haben, dies sobald wie möglich zu thun, da in 14 Tagen die Veröffentlichung der gesamten Abrechnung stattfindet. Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß wir **Salm's Klubhaus, Annenstr. 16**, als ständiges Lokal betrachten könnten.

Eine gut besuchte **Gärtner-Versammlung**, welche am 15. September abgehalten wurde, hörte zunächst einen Vortrag des Kollegen **Bücher** über Organisation, in welchem derselbe auf den Nutzen hinwies, welchen die Berliner Gärtner durch ihre Organisation erzielt haben. In der Diskussion beteiligten sich ca. 18 Redner, darunter einige Anhänger **Hirsch-Bunder'scher Harmonieaufstellung**, welche sich durch Unkenntnis sozialer Dinge auszeichneten, was unseren Genossen eine breite Angriffsfläche bot und auch ausgenutzt wurde. Es gelangten dann drei Resolutionen zur Annahme, in welchen sich die Versammelten mit dem Referenten einverstanden erklärten und sich zum Anschluß an den Zentralverein der deutschen Gärtner verpflichteten. Die dann vorgenommene Neuwahl der Arbeitsnachweis-Kommission ergab folgende Zusammenstellung derselben: **Vorn, Vorsitzender**, und **Citner, Peters, Bewart, Falk, Kliebenahn** und **Behring**, Arbeitsvermittler. Zur Revision der Abrechnung der früheren Kommission, nach welcher Einnahmen und Ausgaben gleich sind, wurden die Kollegen **Schulz** und **Wagner** gewählt. Ein Reglement für die Arbeitsnachweis-Kommission, das der Versammlung vorgelegt wurde, nahm dieselbe an und ging man mit einem Hoch auf den Zentralverein aufeinander.

In der **Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter** am 12. September referierte Kollege **Kob. Schmidt** unter lebhaftem Beifall über den internationalen sozialdemokratischen Kongreß in Brüssel, dessen Einzelheiten sammt den für und wider hinsichtlich seiner Haltung der Berliner Arbeiterschaft hinreichend bekannt sind, und besprach dann die internationale Konferenz der Holzarbeiter, welche zu gleicher Zeit in Brüssel tagte, wenig beschildert war und nicht von besonderem Werth gewesen sei. Die Franzosen und Engländer wollten eine feste internationale Organisation mit Sekretariaten, bei uns in Deutschland und Oesterreich sei dies aber gesetzlich nicht möglich und die Vertreter letztgenannter Länder hätten sich deshalb darauf beschränken müssen, die Wahl von Vertrauensmännern in allen Ländern vorzuschlagen. Uebrigens müßten erst im eigenen Lande die Organisationen gestärkt werden, ehe man international mit Erfolg wirken könnte.

Nachdem in der Diskussion die Kollegen **Krohn** und **Bogt** das Wort genommen, letzterer u. a. den Ausschluß der Anarchisten bedauernd, und Kollege **Robert Schmidt** im Schlußwort die Theorie der Anarchisten für unhaltbar erklärte und mitgetheilt hatte, daß er nie den Standpunkt des bekannten **Plüglathies** der Opposition angenommen habe, gab Kollege **Scholz** die Abrechnung über die Kasse des Vereins in Straßburg. Danach betrug die Einnahme 1055 M. 25 Pf., die Ausgabe 948 M. 8 Pf., der Ueberschuß 107 M. 17 Pf. Die Revision haben die Abrechnung genau geprüft und bestätigt die Richtigkeit der Abrechnung, worauf die Versammlung dem Kassierer **Dechare** ertheilte. Nachdem nach einige interne Vereinsfachen (Unterstützung u. s. w. betreffend) erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche **Versammlung der Eisen- und Metall-dreher**, abgehalten am 16. September, nahm einen Vortrag des Genossen **Wiedemann** beifällig an, in welchem die heutigen wirtschaftlichen Zustände einer eingehenden Kritik unterzogen wurden. Der Redner führte die Behauptung einzelner Berliner Stadtverordneter an, wonach ein Rothstand nicht existieren soll, und forderte die Herren auf, sich einmal über die Lage der Arbeiter genauer zu unterrichten. Es seien ihm Fälle bekannt, daß Arbeiter, die Arbeit angenommen hätten, dieselbe infolge von Entkräftung nicht verrichten konnten. Redner schilderte weiter, wie der Arbeiter, der in der Hauptsache alle Werthe schafft, kaum mit dem Allernothdürftigsten versehen sei, und während auf der einen Seite die Magazine mit Produkten vollgeproppert wären, ihm die Mittel fehlten, sich was er braucht, anzuschaffen. Durch die Entwicklung der Technik sinke der Arbeiter gerade in der Metallindustrie immer mehr zur Maschine herab und werde auch noch durch die Frauenarbeit zurückgedrängt. Die heutige Gesellschaft wolle die üblen Zustände noch aufrecht erhalten und ihr vermeintliches Recht nicht aus den Fingern geben, darum sei es Pflicht jedes Arbeiters, sich einer Organisation anzuschließen, durch welche bessere Zustände geschaffen werden könnten. (Beifall.)

Nach dem Referat nahm die Versammlung eine Resolution an, in welcher sie sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden erklärte und beschloß, da sie der Ansicht sei, daß nur eine alle Branchen umfassende Organisation im Stande wäre, den immer größer werdenden Ausbeutungen des Kapitalismus einen Damm entgegenzusetzen, Mann für Mann den Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter beizutreten und für Vergrößerung desselben Sorge zu tragen. Unterm dritten Punkt gaben die Kollegen **Wagner** und **Sassenroth** Bericht über die Thätigkeit der Berliner Streik-Kontrollkommission und die Versammlung erklärte sich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden.

Beim **Verschiedenen** kritisierte Kollege **Wittmann** den Bericht der Liquidationskommission, seine Ausführungen wurden aber von verschiedenen Kollegen scharf zurückgewiesen. Alsdann gab Kollege **Behold** den Beschluß der bei Lips stattgehabten Versammlung, Listen für die Mailänder auszugeben, bekannt, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte.

Einer öffentlichen **Versammlung der Drechsler und Berufsgenossen**, welche am 17. September stattfand, legte der Kollege **Jänike** die Abrechnung vom Streik der Perlmutterarbeiter der Firma **Poul Hinge** vor. Danach betragen die Einnahmen 2638,72 M. und die Ausgaben ebenfalls 2638,72 M. An Schuldenhypothesen sind noch drei Posten mit insgesamt 108,15 M. Es stehen jedoch noch eine Menge Listen aus, welche Redner mit Angabe der derzeitigen Inhaber zur Verlesung brachte. Nachdem Kollege **Hautenbanis** als Mitglied der Kontrollkommission der Drechsler die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt hatte, wurde dem Kollegen **Jänike** die Decharge ertheilt. Hierauf nahm man einen Antrag an des Inhalts, dem Kollegen **Klein**, welcher ein halbes Jahr lang arbeitslos gewesen ist, das Geld, was er auf zwei noch nicht abgelieferte Listen gesammelt hat, zu schenken. Kollege **Hautenbanis** gab dann die Abrechnung vom Lohnfonds der Stockarbeiter, wonach die Einnahmen 658,85 M. und die Ausgaben 579,75 M. betragen, was einen Bestand von 82,60 M. ergibt, welcher durch einen dazukommenden Rest auf 109,33 M. sich erhöht. Das Geld ist mit Zustimmung des Vertrauensmannes der Stockarbeiter dem Vertrauensmann **Plagens** übergeben worden, und dieser hat davon 65 M., welche die Stockarbeiter dem „Vorwärts“ für Annoncen schuldeten, bezahlt; außerdem 33 M. an den **R. A. Heine**. Das übrige Geld verblieb in den Händen **Plagens**, welcher den jetzt einhellig gestellten Fonds verwaltet. Nach Abstattung des Berichts über die Revision der Stockarbeiter-Streikabrechnung durch Kollegen **Hautenbanis** wurde dem abwesenden Kollegen **Dieze**, dem

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

1/2 Monate sind seit der Glöckener Knüttel-Affäre verfloßen, schreibt der „Vollknoten“, ohne daß bis heute weder gegen die Knüttelhelden noch gegen unseren Parteigenossen Frank Kullage erhoben worden ist. Ja, noch mehr, der Polizeifergeant Köhler, dessen sonderbare Art und Weise des Eingreifens wir damals im „Vollknoten“ kennzeichneten, ist bis heute noch im Amte! Wie sollen wir das verstehen? Damals fielen alle Regierungsbücher über uns her, nannten unsere Berichte verlogen und unsere Angaben gegen die Beamten Verleumdungen, ja der Herr Bürgermeister erließ zum Schutze der Beamten eine amtliche Erklärung, sodas wir uns aufrichtig darauf freuten, angeklagt zu werden, um den Wahrheitsbeweis antreten zu können. Aber — wir warteten vergebens, denn bis heute, am 10. September, ist weder eine Vernehmung des Redakteurs unseres Blattes noch eine Anklage gegen denselben wegen Verleumdung erfolgt. Da nach der Schreibweise der kartellbrüderlichen Presse doch jedenfalls Strafantrag gegen den Redakteur unseres Blattes gestellt ist, so erlauben wir uns hierdurch darauf zu erinnern, daß Verleumdungen durch die Presse in drei Monaten verjähren und bitten deshalb, die Frist nicht verstreichen zu lassen. Haben die Beamten, besonders Köhler, das ihnen zur Last gelegte gethan, dann gehören dieselben auf die Anklagebank und mindestens Köhler aus dem Amte, ist aber das im „Vollknoten“ behauptete unwahr gewesen, dann muß der Redakteur wegen Verleumdung bestraft werden.

Sollte es wirklich erst einer Verhandlung im Reichstage bedürfen, um Sozialdemokraten, welche ihren Ideen in ganz legaler Weise Verbreitung unter der Bevölkerung kleiner Ortschaften schaffen wollen, Schutz für Leib und Leben zu schaffen? Das Schweigen der Justiz über die Vorgänge in Glöckener, Spenge und anderen Orten scheint diese Vermutung zu bestätigen.

Das der Jugendliteratur nach dem Antrage unserer Breslauer Parteigenossen von Seiten der Sozialdemokratie eingehendere Beachtung geschenkt werden soll, paßt den Muckern gar nicht in ihr trübliches Handwerk.

Die nichtswürdige Agitation der Sozialdemokraten in „schreibt ein gegenwärtiges Blatt in spähhafter Enttäufung, nachdem sie ihre Neze nacheinander nach den Kellnerinnen, Dienstmädchen und Kamen ausgeworfen, jetzt richtig auch noch auf die Kinder verfallen. Die Verrohung unserer Jugend geht den „Kultur“-Pionieren mit der Petroleumlampe noch nicht schnell genug von Statten, daher soll ihr planmäßig nachgeholfen werden durch Vergiftung der Kinderlektüre. . . .

Die Väter und Leiter der religiösen, sittlichen und unterrichtlichen Erziehung unserer Jugend werden nicht unterlassen dürfen, das Schicksal dieses Projektes auf das Sorgsamste zu verfolgen und zu überwachen, damit im Augenblicke der Gefahr auch die Wunde zur Hand sei. Denn wenn die Jugend gebildet, der hat die Zukunft. Das sehen die Sozialdemokraten ganz richtig ein.“

Die Beschwerde des Allgemeinen Arbeitervereins in Magdeburg gegen das vom Polizeipräsidenten Köhler ausgesprochene Verbot des Stützfestes — das nachher regierungsfest, vorbehaltlich der Prüfung der Rechtsfrage, erlaubt wurde — ist nunmehr vom Regierungspräsidenten zurückgewiesen worden, weil jenes Fest infolge der an Jedermann ergangenen Einladung, gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes und die mit keinen Schwierigkeiten verbundene Erwerbung der Mitgliedschaft des Allgemeinen Arbeitervereins an dem Vergnügen teilzunehmen, sich nicht als Lustbarkeit eines geschlossenen Vereins, sondern als eine für das ganze Publikum bestimmte Lustbarkeit charakterisiert, auf welche demnach alle für öffentliche Tanzbelustigungen geltenden Vorschriften Anwendung zu finden hätten.“ Das heißt also wohl so viel: die Polizei hatte das Recht, das Fest zu verbieten oder zu genehmigen. Nun, das Fest hat stattgefunden, und das ist die Hauptsache. Im Uebrigen müssen wir sagen, wenn man sich seitens der Behörden ebenso eingehend mit der Lösung der sozialen Frage beschäftigte, wie mit solchen juristischen Dingen, so wäre der Menschheit ein gutes Theil wohlger.

Die sächsische Antisemitismuskommission hat den Einberufung von Versammlungen die Veranstaltung von Teller-sammlungen gestattet, nachdem dieselben die Kostenrechnung mitgeteilt hatten.

Das Verbot sozialdemokratischer Tractschriften soll in dem Bezirk Wolmirstedt von Landrath, im Namen der Polizei verboten worden sein. Unsern Genossen, welche sozialdemokratische Tractschriften daselbst vertheilen wollten, ist das wenigstens in Wolmirstedt und Zerleben „eröffnet“ worden. Begründet hat man das merkwürdige Verbot angeblich damit, daß das dortige Publikum an derartige Schriften „nicht gewöhnt“ sei und die Sozialdemokraten das Publikum mit solcher Literatur auch geradezu überhäufen. — Wenn wirklich das erwähnte Verbot ausgesprochen worden ist, so hätte es, um wenigstens vor der Hand gültig zu sein, im Amtsblatt publiziert werden müssen. Das ist aber jedenfalls nicht geschehen, sonst hätte davon längst etwas in der Presse verlautet — folglich hat es auch nicht den Schatten von Rechtsgültigkeit, und kein Mensch braucht sich daher unserer Ansicht nach daran zu kehren.

Die Meiningen'schen Parteigenossen treten in den Landtags-Wahlkampf mit folgenden Hauptforderungen ein: allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht zum Meiningen Landtag und für die Gemeinden auf dem Lande, unentgeltlicher Unterricht und unentgeltliche Verabfolgung der Lehrmittel in allen Bildungsanstalten des Herzogthums.

Ferner verlangen sie, daß in die Steuereinschätzung- und Rekurskommissionen auch Arbeiter berufen werden, was ja mit der oben berührten Revision des Gemeinde-Wahlrechts zusammenhängt, und fordern weiter die Unentgeltlichkeit des Rekursverfahrens. Die Entlastung der Gemeinden von der Armenlast und der Vorzüge für Geisteskrante, Schwachsinnige, Taube, Blinde etc. und die Uebernahme der diesbezüglichen Verpflichtungen auf den Staat bildete gleichfalls einen Theil der Forderungen unserer Meiningen'schen Parteigenossen. Die Liste ihrer Kandidaten enthält niemand aus den Reihen des Ausbeuterthums, sondern nur einfache schlichte Arbeiter und Freunde des arbeitenden Volkes sind darin aufgeführt, welche durch Barm und Leben die Leiden des armen Volkes aus eigener Erfahrung kennen und sich schon vielfach in der Arbeiterbewegung und in den Gemeindevertretungen um dessen Interessen verdient gemacht haben. Sie stehen sämmtlich auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms.

Ferner verlangen sie, daß in die Steuereinschätzung- und Rekurskommissionen auch Arbeiter berufen werden, was ja mit der oben berührten Revision des Gemeinde-Wahlrechts zusammenhängt, und fordern weiter die Unentgeltlichkeit des Rekursverfahrens. Die Entlastung der Gemeinden von der Armenlast und der Vorzüge für Geisteskrante, Schwachsinnige, Taube, Blinde etc. und die Uebernahme der diesbezüglichen Verpflichtungen auf den Staat bildete gleichfalls einen Theil der Forderungen unserer Meiningen'schen Parteigenossen. Die Liste ihrer Kandidaten enthält niemand aus den Reihen des Ausbeuterthums, sondern nur einfache schlichte Arbeiter und Freunde des arbeitenden Volkes sind darin aufgeführt, welche durch Barm und Leben die Leiden des armen Volkes aus eigener Erfahrung kennen und sich schon vielfach in der Arbeiterbewegung und in den Gemeindevertretungen um dessen Interessen verdient gemacht haben. Sie stehen sämmtlich auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms.

Ferner verlangen sie, daß in die Steuereinschätzung- und Rekurskommissionen auch Arbeiter berufen werden, was ja mit der oben berührten Revision des Gemeinde-Wahlrechts zusammenhängt, und fordern weiter die Unentgeltlichkeit des Rekursverfahrens. Die Entlastung der Gemeinden von der Armenlast und der Vorzüge für Geisteskrante, Schwachsinnige, Taube, Blinde etc. und die Uebernahme der diesbezüglichen Verpflichtungen auf den Staat bildete gleichfalls einen Theil der Forderungen unserer Meiningen'schen Parteigenossen. Die Liste ihrer Kandidaten enthält niemand aus den Reihen des Ausbeuterthums, sondern nur einfache schlichte Arbeiter und Freunde des arbeitenden Volkes sind darin aufgeführt, welche durch Barm und Leben die Leiden des armen Volkes aus eigener Erfahrung kennen und sich schon vielfach in der Arbeiterbewegung und in den Gemeindevertretungen um dessen Interessen verdient gemacht haben. Sie stehen sämmtlich auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms.

Burg. Unter „neuem Kurs“. Am 15. September wurden von der hiesigen Polizeibehörde sämmtliche Bücher

des am Orte bestehenden Wahlvereins beschlagnahmt. Auf Befragen nach der Ursache dieser Maßregel antwortete die Polizei, dies sei auf Grund eines vom 11. September datirten Beschlusses des Amtsgerichts geschehen.

Da uns hier seit einem Jahr kein Lokal zu öffentlichen Versammlungen freisteh, sind wir nicht in der Lage, alle die Arbeiter-schaft interessirenden Fragen in größeren Kreisen zu besprechen; um aber den Chikanen unserer Gegner zu begegnen, halten wir von Zeit zu Zeit Versammlungen von Delegirten der Fabriken und Werkstätten ab. Die Wahl des Delegirten unseres Kreises zum Parteitage haben wir ebenfalls in einer solchen Delegirtenversammlung vorgenommen. Gewählt wurde Genosse Katurbe.

Dessau. Am 15. September sprach hier Peus in Berlin vor gut besuchter Versammlung unter großem Beifall über das Thema: Worin liegt der Grund der zweifellosen Siegesgewißheit der Sozialdemokratie? Die Zuhörer beantworteten die Anforderung des Referenten, eben wegen dieser zweifellosen Siegesgewißheit mit ganzer Kraft dahin zu streben, daß auch die Arbeiter-schaft Dessaus ein fest organisiertes Bataillon in dem gewaltigen Arbeiterheer der ganzen Welt bilden möge, mit einem sächsischen Hoch auf das Gedächtnis der Dessauer Sozialdemokratie.

Jerbst. Nachdem uns hier zwei Frauenversammlungen verboten worden, referirte am 14. d. M. Genosse Peus aus Berlin unter großem Beifall vor einer stark besuchten Versammlung. Die anwesenden Gegner, unter ihnen der Landtags-Abgeordnete Sering, meldeten sich trotz des ihnen von Peus gemachten Vorwurfs der Unthätigkeit nicht zum Wort. Erst als in der lebhaften Diskussion die schamliche Kampfweise der freisinnigen Presse angezweifelt wurde, welche die 8 M. Diktas unseres Delegirten für den Parteitag als aus Arbeiterkreisen erprobt hinstellte, und bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen wurde, daß die 13 M. Diktas des Landtags-Abgeordneten für seine Nachmittagsreise von Herbst nach Dessau auch aus Arbeiterkreisen, nur leider ohne den Willen der Arbeiter, stießen, ebenso wie die von der Berliner Stadtvertretung Medizinem, Schriftstellern und fremden Fürsten gestifteten Summen, da packte endlich den Herrn Landtags-Abgeordneten der Muth: er erklärte der Reiz über die 8 M. fernzugeschickten und brachte dann gleich Einiges zur Entgegnung vor. Das Beste war die berühmte Eugen Richter'sche „auch konfiszirte Hütte“ und dann die faunenswerthe Wahrheit, daß es manchen Hausbesitzern schlechter gieng als manchen Arbeiter. Als ob wir Hausverwalter nicht von ihren wirklichen Besitzern, den Hypothekenverleiher, unterscheiden könnten! Selbstverständlich war es Peus ein Vergnügen, die Eugen Richter'schen Forderungen zu widerlegen. Unter brausendem Hoch auf die Sozialdemokratie und mit dem Absingen der Marxhymne endete die glänzend verlaufene Versammlung.

Soziale Uebersicht.

Vericht über die am 7. und 8. September 1891 zu Halberstadt abgehaltenen Konferenz der Zentralvorstände der deutschen Gewerkschaftsverbände.

Die weiteren Beschlüsse der Konferenz sind folgende: Der Gewerkschaftskongress findet Anfang März 1892 statt. Als Tagungsorte sind Halberstadt, Halle, Hannover, Weimar und Altenburg vorgeschlagen.

In Bezug auf die Beschickung des Kongresses wird beschlossen, die diesbezüglich von der Berliner Konferenz getroffenen Bestimmungen hochzuhalten, wonach je 1000 Mitglieder der Zentralvereine oder der organisirten Arbeiter in Staaten, wo dieselben einen Zentralverein nicht angehören dürfen, einen Vertreter entsenden können.

Die Wahl des Ortes, wo der Kongress tagen soll, wird der Generalkommission überlassen.

Der Organisationsentwurf der Generalkommission wird in seinem ersten Theil ohne Widerspruch angenommen. Beim zweiten Theil: „Aufgaben der Zentralvereine“, wird ein Antrag, die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung gleichfalls als Aufgabe der Zentralvereine in den Entwurf mit aufzunehmen, in wiederholter Abstimmung mit 16 gegen 18 Stimmen abgelehnt, dagegen mit allen gegen eine Stimme beschlossen, im Absatz f unter 1 außer der Reise-Unterstützung auch Unterstützung Gewerkschaftler aufzunehmen.

Bei „Aufgaben der Unionen“ wird, nachdem der vorstehende Theil „Unionen“, ohne Widerspruch angenommen ist, der Absatz b, Herausgabe eines gemeinschaftlichen Preßorgans, welches so eingerichtet sein muß, daß den Interessen sämmtlicher dabei beteiligten Zentralvereine Rechnung getragen wird“, nach langer Diskussion gestrichen und dafür gesagt: „Regelung des Preßwesens.“ Dieser Beschluß ergab sich aus den Bedenken, welche die Mehrzahl der Delegirten gegen das Verlangen, die vielen einzelnen jetzt bestehenden Fachblätter zu je einem gemeinschaftlichen Preßorgan für eine Union zu verschmelzen, hegten.

Der Absatz o unter „Aufgaben der Unionen“ wird mit 19 gegen 11 Stimmen angenommen. Ebenfalls angenommen werden die beiden letzten Absätze d und e.

Bei dem Theil: „Generalkommission“ werden im letzten Satze die Worte gestrichen: „und aus je einem Vertreter der einzelnen Unionen“. Die Generalkommission soll demnach nur aus sieben von dem alle zwei Jahre stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongress jedesmal zu wählenden Mitgliedern bestehen. Im Uebrigen wird auch dieser Theil des Entwurfs im Wortlaut angenommen. Ebenso der weitere letzte Theil: „Aufgaben der Generalkommission“, dessen Absatz a „in bestimmten und dringenden Fällen und unter Zustimmung der Mehrzahl der Unionen an einzelne Gewerkschaften oder Unionen bei Streiks Unterstützung aus einem zu schaffenden Generalfonds zu gewähren“, noch der Satz angehängt wird: „resp. die anderen bestehenden Unionen zur Unterstützung heranzuziehen“.

Es folgt jetzt die namentliche Gesamtstimmabstimmung über den Organisationsentwurf, deren Resultat die Annahme desselben mit 85 gegen 4 Stimmen war, bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmten die Räder, Metallarbeiter-Verband, Sattler und Läufer; der Vertreter der Buchdrucker enthielt sich der Stimmabgabe. Der abwesende Vertreter der Schuhmacher hatte einen anderen Delegirten beauftragt, für ihn zu erklären, daß er für den Entwurf stimme.

Damit war die Tagesordnung für die Konferenz erschöpft. Es wurde nun noch zunächst folgende Erklärung der sächsischen Vertreter entgegengenommen.

Erklärung. Die unterzeichneten Vertreter der Gewerkschaften in Sachsen vernehmen nicht die schwierige und komplizierte Neuorganisation der deutschen Gewerkschaften, umsomehr, als die sächsischen Kollegen sich voraussichtlich nur als Einzelmitglieder anschließen können auf Grund der entgegenstehenden vereinzelten Bestimmungen in Verbindung mit der Handhabung dieser Bestimmungen seitens einzelner

Behörden. Die hier anwesenden Vertreter erklären jedoch, daß Sachsens Organisationen sich den Beschlüssen der Mehrheit fügen und Mittel und Wege finden werden, möglichst allen Anforderungen, welche an die übrigen deutschen Gewerkschaften gestellt werden, nachkommen zu können.

L. Scholz, Dresden.
G. Jacob, Leipzig.
Fr. Paspiow, Chemnitz.

Ferner wurden noch folgende Anträge angenommen:

Die Delegirten verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln in ihren Gewerkschaften dafür einzutreten, daß baldmöglichst in ihren Statuten Bestimmungen aufgenommen werden, welche die Durchführung der von der Konferenz beschlossenen Organisationen ermöglichen.

A. Dammann.
Sollten zu dem bevorstehenden Gewerkschaftskongress einzelne Zentralvorstände noch bestimmte Anträge zu stellen haben, so sind dieselben bis zum 1. Januar 1892 der Generalkommission mitzutheilen, damit sie den Delegirten des Kongresses sofort gedruckt vorgelegt werden können.

L. Meyer.
In Erwägung, daß bei der großen, täglich wachsenden Bedeutung der Frauenarbeit auf allen Arbeitsgebieten sich die energische Inangriffnahme der Organisation derselben als ein Gebot der Selbsthaltung erweist, beschließt die Konferenz, die Vorstände der bestehenden Organisationen aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Statuten derselben derart umgestaltet werden, daß auch den im Beruf beschäftigten Frauen der Beitritt zu denselben möglich ist. Die Agitation für Ausbreitung der Organisation hat sich bei allen Vereinen, in welchen Frauen thätig sind, auch auf deren Heranziehung zu erstrecken.

Frau Steinbach, Frau Köhler, Frau Woller.

Die Konferenz beschließt, die Generalkommission zu beauftragen, einen Separatdruck der Artikel über die Organisationsfrage, welche im Korrespondenzblatt der Generalkommission erschienen sind, mit etwaigen notwendigen Änderungen und Ergänzungen in Broschürenform herauszugeben und noch rechtzeitig vor dem Gewerkschaftskongress zu möglichst billigem Preise unter den deutschen Arbeitern zu verbreiten. L. Leipzig.

Nach Erledigung dieser Anträge wird die Konferenz um 6 1/2 Uhr Abends vom Vorsitzenden Legien geschlossen.

Versammlungen.

Der Verband der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgegend hatte zu Donnerstag Nachmittag eine Versammlung sämmtlicher Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend nach Keller's Gesellschaftssälen einberufen, um zu dem Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke, Stellung zu nehmen.

Der Vorstand des genannten Vereins, bestehend aus den Gastwirthen Rümmer (Gubenerstr. 57), Abel, Brunzlow, Säger und Berglein, bildete das Bureau, und Herr Rümmer eröffnete die den großen Saal füllende Versammlung gegen 5 Uhr mit der Begrüßung der Anwesenden und gab nach einigen einleitenden Worten das Wort dem Referenten Herrn Rechtsanwält Dr. Schöps. Derselbe führte ungefähr folgendes aus:

Der § 1 des Entwurfs ist für die Ertheilung der Konzession von größter Bedeutung. Bisher wurde das Bedürfnis nur geprüft, wenn Jemand um volle Schankkonzession oder um Ausschank von Branntwein oder Kleinhandel mit demselben einkam. Nach dem Entwurfe soll in Zukunft bei jeder Schankkonzession das Bedürfnis geprüft werden, also auch beim Bierauschank. Bisher konnte man wenigstens in kurzer Frist die halbe Konzession erhalten, und hatte dann Zeit, bei passender Gelegenheit um die volle Konzession einzukommen. Nach dem Entwurfe wird ein Schankwirth 6, 8 Wochen und noch länger ohne Konzession abwarten müssen, ob das Bedürfnis anerkannt wird; er hat in ein neues Unternehmen sein Geld hineingesteckt, und kann dasselbe nicht, wie heute, wenigstens als Bier-Ausschank eröffnen, er kann eben nicht 13 unternehmen. Und wie schwer ist es überhaupt mit der Konzessions-Erlangung, wo die Polizei gleichzeitig die delikate Partei und die Aufsichtsbehörde ist! Durch Jahre lange Arbeit hat sich Jemand 2-3000 M. gespart; er kauft sich hierfür ein Schankgeschäft und bekommt nach dem neuen Gesetze möglicher Weise gar keine Konzession, ist also ein ruinirter Mann. Der Verfasser des Entwurfs meint, die Trunksucht werde befördert durch die vielen Schanklokale, und wenn die letzteren vermindert würden, dann würde sich auch die Zahl der trunksüchtigen Leute vermindern. Thatsächlich haben sich in Preußen die Lokale mit voller Konzession in letzter Zeit um 7000 vermindert, dagegen die Zahl der übermäßigen Trinker vermehrt; es ist also ein Zusammenhang zwischen der Vermehrung der Schankstätten und der Vermehrung der Trunkenbolde nicht vorhanden. Was nun die Vorschriften des Gesetzes in Bezug auf den Kleinhandel mit Branntwein anbelangt, so sind dieselben von so einschneidender Schärfe, daß eine Reihe von Lokalen wird schließen müssen. Die hinsichtlich der Freizehung der Polizeistunde geschlossenen Vorschriften sind ebenfalls unannehmbar. Am besten wäre es, es gäbe für alle Wirthe eine Polizeistunde. Im Gesetzentwurfe ist ferner bestimmt, daß die Orts-Polizeibehörden über die bereit zu haltenden Speisen Bestimmungen treffen können. Der Verfasser des Entwurfs scheint zu glauben, daß die Schankkonzession eine Apothekerkonzession ist. Weiter kann der Betrieb der Schankwirtschaft für die Zeit vor 8 Uhr Morgens unterjagt werden. Der Verfasser des Entwurfs steht wahrscheinlich erst um 8 Uhr Morgens auf und denkt nicht daran, daß der Arbeiter dann schon sein zweites Frühstück zu sich nimmt. Personen unter 16 Jahren sollen keine Getränke zum Genus auf der Stelle verabreicht werden. Wie soll der Gastwirth wissen, ob ein junger Mann unter 16 Jahr alt ist; soll er sich in jedem Falle die Geburtsurkunde vorlegen lassen? Keine Anwendung soll das Verbot finden, wenn ein solch junger Mensch unter 16 Jahren sich auf der Reise oder auf einem Ausfluge befindet. Wenn nun zu einem Schankwirth ein junger Mann sagt, ich bin auf dem Wege nach Schöneberg, dann braucht er das Alter nicht feststellen! Es werden dem Gastwirth Dinge zugemuthet, die ungreiflich sind. Durch das neue Gesetz wird die Gewerbefreiheit einfach aufgehoben und der Gastwirth unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Nach dem Entwurfe soll ein Gastwirth einen Bekannnten entweder bei sich behalten oder nach Hause schaffen. Wie das durchzuführen ist, darüber schweigt sich der Entwurf aus. Forderungen für Getränke, welche auf Borg verabfolgt wurden, sollen nach dem Entwurfe nicht eingelagert werden dürfen. Ja, was soll der Schankwirth denn machen? Er muß jedes Getränk vorläufig ohne Zahlung verabfolgen und kann doch nicht beim jedesmaligen Bedienen Geld einstreifen! Was nun zum Schlusse die Strafbestimmungen anbelangt, so ist hervorzuhoben, daß Jedermann bestraft werden soll, der

In Ärgernisregender Trunkenheit an einem öffentlichen Orte betroffen wird. Das sich Jemand mal einen Rausch holt, kommt in jedem Stande vor. Der Wohlhabende wird in einer Droschke zu Hause fahren; derjenige, der hierzu nicht die Mittel hat, wird dem strafenden Gesetze verfallen! Das ganze Gesetz wird Erbitterung und Unzufriedenheit bringen; es wird die anständigen Elemente aus dem Schankwirtschaftsbetriebe verdrängen, und nur derjenige wird Schankwirt bleiben, der nichts mehr zu verlieren hat. Wenn der Gesetzgeber wirklich Gerechtigkeit erlangt, so wird doch die Demoralisation des Schankwirtschaftsbetriebes noch sich ziehen. (Lebhafter anhaltender Beifall.) In der Diskussion war der erste Redner

Gastwirt Henke (Vorsitzender des Vereins Nord-Ost): Was sollen wir uns viel über die einzelnen Paragraphen äußern? Wir fassen einfach den Beschluss dahin, das Gesetz für uns unmöglich ist. Sollte wirklich ein kleines Theilchen Gutes drin sein, so wird dadurch das viele Schlechte nicht aufgewogen. Die großen Beschränkungen zur Erlangung von Branntwein nützen gar nichts, ein Eßkel wird doch immer Schnaps zu bekommen wissen. Wir haben schon Bestimmungen genug, mit denen die Polizei den wirklichen Trunkenbolden zu Leibe gehen kann.

Gastwirt Heuners: Ich möchte nur auf die schon jetzt so unerquicklichen Zustände in Betreff der Konzeptionserteilung hinweisen. Wenn man bedenkt, daß der Gast- und Schankwirt so ganz von den Polizeibehörden abhängt, so muß man sagen, wir haben Vormund und Gegenvormund. Ist denn der Gast- und Schankwirt ein Bürger zweiter Klasse? Nicht nur dem Trunkheitsgesetz, nein auch den schon jetzt bestehenden Vorschriften im Konzeptionswesen müssen wir entgegenstehen. Ein weiterer wunder Punkt ist der Kleinhandel mit Branntwein seitens der Materialisten; um diese kümmert sich die Polizei gar nicht, wohl aber beim Schankwirt um pünktliche Innehaltung der Polizeistunde. Es ist haarsträubend, daß die Polizei nach Lage der örtlichen Verhältnisse eine Speisekarte vorzeichnen soll, vielleicht in Jauer: Jauerische Würste und in Magdeburg: Magdeburger Sauerbraten. Der Verfasser des Gesetzes hat gemeint, in einem Wirthehaus muß gegeben werden. Er hat an den leeren Magen des Trunkenboldes gedacht und gewollt, der letztere solle essen, wenn er Speisen kauft. Ich meine, der Gesetzgeber solle lieber Speise-Anstalten schaffen, wo man für 5 Pfennig einen Teller kräftiger Suppe bekommen könnte. Von den 40 Millionen, die den **Prunzen** zu Gute kommen, sollte man 10 Millionen für Speise-Anstalten ausgeben. Speise-Anstalten sollte man gründen für die Trinker, denn ich halte dieselben für Kranke. Wir sollen einem professionierten Trinker nichts einschränken? Ja, wie sollen wir in Berlin alle Leute kennen! Da muß solcher Mann schon einen Ring in der Nase tragen! Ich bleibe dabei, durch den Gesetzesentwurf werden die Gast- und Schankwirthe zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Im Steuerhause allerdings sind sie die Lieblinge des Staats, wie der General-Steuerdirektor Burghardt sagt.

Gastwirt Jubel: Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein Unnahmegesetz gegen die Arbeiter; es kann keinen Gastwirt geben, der dies bezweifelt. Im ganzen Reiche wird gegen das Gesetz agitirt und in Berlin ist solche Agitation erst recht notwendig. Nicht ein einziger Paragraph des Gesetzes ist annehmbar. In den Beschlüssen des Schankwirtschaftsbundes ist aber ein großer Theil der Gastwirthe selber schuld. Machen Sie doch nicht so viele Vorklänge vor der Uniform, deren Träger von Ihren Steuern bezahlt werden! Als hoher Steuerzahler sollte der Gast- und Schankwirt ein etwas steiferes Kreuz haben. Das Gesetz charakterisirt sich lediglich als Klassengesetz und erniedrigt die Gast- und Schankwirthe zu Bürgern zweiter Klasse.

Ich bitte Sie, protestiren Sie gegen das ganze Gesetz auf das Schärfste; es giebt keinen Paragraphen, der annehmbar wäre. Ich befürchte, der Entwurf wird aber doch Gesetz werden, wenn auch einzelne Bestimmungen geändert werden. Also protestiren wir gegen das Gesetz, weil es ein Klassengesetz und weil es eine Degradation der Gast- und Schankwirthe zu Bürgern zweiter Klasse ist.

Gastwirt Abel: Da das Gesetz in allen seinen Paragraphen unannehmbar ist, so erübrigt sich wohl eine spezielle Motivirung; ich hoffe, daß der Reichstag das Gesetz ablehnen wird.

Auf Antrag des Vorsitzenden wird nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute in Keller's Gesellschaftssälen, Köpenickerstr. 96/97 versammelten Gast- und Schankwirthe von Berlin und Umgegend protestiren hiermit auf das Entschiedenste gegen den Entwurf des Trunkheitsgesetzes, als eines die Gast- und Schankwirthe unter eine Polizeiaufsicht unerbörlicher Art stellenden und die Existenz, insbesondere der kleinen Gast- und Schankwirthe auf das Schwerste bedrohenden Gesetzes. Sie richten an die zur Gesetzgebung im Reiche berufenen Körperschaften und Personen die bringende Bitte, diesem Gesetze die Zustimmung zu verweigern.“

Gastwirt Henkel beantragt die Resolution dem Reichstage durch eine Deputation überreichen zu lassen.

Gastwirt Abel: Eine persönliche Vorstellung wird wenig nützen. Jeder Abgeordnete bekommt doch ein Druckeremplar.

Gastwirt Henkel: Ich habe von Abgeordneten gehört, daß sie viele Sachen gar nicht lesen und meins deshalb, daß eine persönliche Ueberreichung vortheilhafter für die Sache ist.

Gastwirt Henke: Resolutionen, wie die heutige, werden nie hinlänglich begründet, so war es auch bei der Betriebssteuer. Man muß den entscheidenden Faktoren durch Zahlen nachweisen, ein wie großer Theil der Gast- und Schankwirthe mit Sorgen zu kämpfen hat, wie viele bei Brauereien und Groß-Destillationen Schulden haben. Man müßte nachweisen, wie viel Schankstätten ihren hauptsächlichsten Besuch vor 8 Uhr Morgens, wieviel nach 11 Uhr Abends haben, wieviel Schankstätten nur Getränke führen u. s. w.

Gastwirt Jubel: Die Resolution soll nur ein Protest sein; dieser Protest soll dem Reichstage, welcher schon im November zusammentritt, überreicht werden. Zu einer Petition mit Begründung im Sinne des Kollegen Henke gehören tausende von Unterschriften. Hierzu ist es eventuell Zeit zwischen der ersten und dritten Lesung des Gesetzes im Reichstage.

Nachdem Herr Henkel seinen Antrag zurückgezogen hat, ermächtigt die Versammlung das Bureau zur Abfassung der Resolution.

Der Vorsitzende dankt der Versammlung für ihre rege Theilnahme und bedauert, daß bei einer so hochwichtigen Frage eine Notiz im „Gasthaus“ manche Mitglieder des Weibbier- und Gastwirtvereins von der Versammlung habe zurückhalten können. Aber trotz dieser Nachsichtungen hätten die meisten Gast- und Schankwirthe doch genug gefunden Sinn, um einzusehen, von welcher Seite ihnen Beistand und Hilfe komme.

Eine stark besuchte Versammlung von Vertretern der hiesigen Kreis-Krankenkassen tagte am 15. September. Die Einladung war von der Maschinenbauerschaft ausgegangen, als Referenten fungirten die Herren Stadtverordneter **Jubel** und **Dr. med. Georg Müller**; das Thema bildete die freie Arztwahl für die Mitglieder der Orts-Krankenkassen.

Herr **Jubel** unterzog zunächst die jetzige Behandlung der Kassenmitglieder, welche dem Gewerkschaften angehören, einer scharfen Kritik, bemerkend, daß die angestellten 131 Kassenärzte kaum in der Lage wären, die unter 20000 Mitgliedern vorkommenden Krankheitsfälle gründlich zu behandeln, außerdem sei es fraglich, ob das heutige Krankenkassen-System für die Dauer beibehalten werden könne, ohne die Mitglieder mehr zu belasten. Hieraus hätten Vorklärende und Vertreter ihr Augenmerk mit zu richten. Jeder Zahlende wolle die Gewissheit haben, für seine Zahlungen freie Wahl betreffs der Gegenleistung gewährt zu bekommen, dies sei aber bei dem jetzigen System nicht der Fall. Der Arzt behandle die Kranken als Waare, es werde alles ge-

schäftsmäßig betrieben. In den Polikliniken werde man behandelt wie ein Nichtzahlender, nämlich als Versuchssubjekt. Das den Ärzten gewährte Honorar sei zu gering und die jungen Ärzte wendeten sich an die Kassen, um dadurch Rundschaft zu erhalten. Der Redner bezweifelte, daß man vom Kassenarzte immer die der Krankheit entsprechende Medizin erhalte und betonte die Nothwendigkeit, diesen Uebelständen abzuhelfen. Ueberdies hätten sich schon annähernd 700 Berliner Ärzte zur Frage der freien Arztwahl zustimmend ausgesprochen. Die Mehrzahl der Mitglieder werde gern einige Pfennige mehr zahlen. Man möge eine Kommission ernennen, welche der Frage ernstlich näher trete und später nach reiflicher Prüfung geeignete Vorschläge zu machen habe. Herr **Dr. Müller** erklärte, das Kranken-Versicherungsgesetz gewähre freie ärztliche Behandlung, aber in Berlin müsse der Kranke zu demjenigen Arzt gehen, den man für ihn aussersehen habe, gleichviel, ob er ihm Vertrauen entgegen bringe oder nicht. Dem freien Bürger aber gezieme es nicht, sich diese Behandlung gefallen zu lassen. Jedem sei nur der Arzt willkommen, zu dem er Vertrauen habe. Redner wies darauf hin, daß viele Kassenärzte in der Sprechstunde 40-50 Patienten haben und außerdem täglich noch 10 bis 15 Besuche machen müssen; damit aber sei die Arbeitskraft des Arztes erschöpft. Von dem Honorar für die Behandlung der Kassenmitglieder könne der Arzt nicht existiren (1500 bis 2400 M. jährl.), sein Bestreben müsse daher sein, sich Privatpraxis zu verschaffen, und die Folge dessen wäre, daß er nachher die Kranken in Bürger erster und zweiter Klasse scheidet. Die Sprechzeit für die einzelnen Konsultationen sei unzulänglich, in der kurzen Zeit von wenigen Minuten eine gründliche Behandlung unmöglich. Es werde demzufolge schnell etwas verordnet, was ja auch zuweilen helfe. Ganz besonders sei dabei aber zu bedenken, daß die heutige Medizin mit den Rezepten gebrochen habe. Wenn der Arzt das ganze Jahr habe, sich mit dem Kranken zu beschäftigen, dann werde an Krankentagen gespart. Der Berliner Arbeiter wolle sobald wie möglich wieder **arbeiten**, er sei kein Faulenzker, der auf das Krankengeld spekulire. Die Provinz wäre Berlin in dieser Beziehung voraus, verschiedene größere Städte hätten das Prinzip der freien Arztwahl durchgeführt und gute Erfahrungen damit gemacht, die Behandlung als solche sei durch die freie Arztwahl allerdings theurer geworden, aber dafür hätten sich andere Verhältnisse der Kassen gebessert. Die durchschnittliche Krankheitsdauer betrüge bei freier Arztwahl 17 Tage, bei Zwang 29 Tage. Der Krankheitsfall in Berlin beim Zwang kostete 88 M., bei freier Arztwahl 35 M.

Die Ärzte hätten sich klar gemacht, was sie den Kassen bieten wollen und beabsichtigten, unter die niedrigste Lage herunter zu gehen. Es würden Abkommen zu treffen sein, wie viel pro Kopf und Jahr zu zahlen ist, und dabei würden die Kassen in keinem Falle höher belastet werden, gleichviel was vorkommen möge. Eine Kommission werde festzusetzen haben, was für die einzelne Konsultation gezahlt wird, und beide Theile würden dabei gut fahren. Die Krankheitsdauer würde entschieden abgekürzt werden. Die Kassen gingen nur zu Grunde an der langen Krankengeld-Zahlung, nicht am Arzt-honorar. Die Behandlung in den Polikliniken freier, stellte **Dr. Müller** sich auf den Standpunkt des Referenten **Jubel**. Daß der Arztzwang zu verwerfen sei, hätten selbst eragirte Kassenärzte schon eingesehen. Leider sei nicht überall das nöthige Entgegenkommen vorhanden, um für eine Aenderung einzutreten, es gebe noch Leute in den Verwaltungen der Kassen, welche an der Aufrechterhaltung des Alten interessiert seien.

In der nun folgenden Diskussion sprachen sich sämmtliche 15 Redner (Mitsch, Schröder, Gethert, Dünz, Rowalewski, Lampe, Flaback, Staubinger, Hennig, Wittig, Faber, Böhm, Krumm, Schulze, Meuthen) im Prinzip für freie Arztwahl aus und nach einem warmen Appell des Stadtverordneten **Jubel** an das Pflichtgefühl der Kassenvertreter gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heute in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a, versammelten Delegirten und Vorstandsmitglieder der Orts-Krankenkassen erklärten sich mit den Referenten Herrn Stadtverordneter **Jubel** und Herrn **Dr. med. G. Müller** einverstanden, indem sie die Einführung der freien Arztwahl bei den Krankenkassen Berlins als unbedingt notwendig anerkennen, verpflichten sie sich, mit aller Energie und allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Einführung derselben einzutreten.“

Schließlich wurde eine Kommission von 9 Mitgliedern eingesetzt, welche die Sache eingehend prüfen und alsdann weitere Vorschläge zur Durchführung des Beschlusses den Vorständen unterbreiten soll.

Bereiteten waren 34 Kassen.

In der öffentlichen Schuhmacher-Versammlung am 14. September hielt Genosse **Noland** einen Vortrag über die Sozialdemokratie in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, und legte dabei dar, daß, wenn wir erst im Parlament zu bestimmen hätten, die Sozialisirung von Staat und Gesellschaft wohl auf friedlichem Wege sich ermöglichen lassen werde. In der Diskussion vertraten **Büttner** und **Wetzig** die Meinung, daß die Arbeiter sich nicht so viel Illusionen über den Parlamentarismus machen sollten, denn wenn man sähe, wie sehr alle reaktionären Parteien (Freisinn, Antisemiten, Konserwativen und wie sie alle heißen), geschlossen gegen die Interessen der Arbeiter vorgehen und speziell der Freisinn den Arbeitern nur Sand in die Augen zu streuen versuche, so könne man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Noth und das Elend der Volksmassen dereinst über den Parlamentarismus hinwegzuführen würden. Der nächste Redner, **Wagner**, verwahrte sich ganz energisch dagegen, daß die freisinnige Partei zu den reaktionären Parteien gerechnet würde und als Gegnerin der Interessen der Arbeiter betrachtet werde; Kollege **Windblad** bewies ihm aber eingehend, daß die Freisinnigen nicht das Recht haben, sich Vertreter der Arbeiter zu nennen. Im Uebrigen schloß sich **Wagner** den Ausführungen der ersten beiden Redner an. Nachdem der Referent im Schlusswort seine Meinung klar gestellt hatte, wurde bekannt gemacht, daß das Stiftungsfest des Vereins zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher am 24. Oktober gefeiert wird, worauf die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie ihr Ende fand.

Die Agitationskommission der gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend hielt am 8. September eine große öffentliche Versammlung von Männern und Frauen ab, zu welcher besonders die Anilin- und Färberei-Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen worden waren. **Wilhelm Berner** referirte über das Thema: Welche Organisation ist für uns Hilfsarbeiter die beste? Der Referent schilderte in klarer Weise, daß die Reserve-Armee der gewerblichen Hilfsarbeiter infolge der Verwahrlosung der Maschinen sich immer mehr vergrößere und dadurch dem Kapitalisten die Möglichkeit gegeben werde, für beliebigen Lohn Arbeitskräfte zu bekommen. Dem gegenüber sei es hoch an der Zeit, daß die gesammten gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend und zwar auch sämmtliche kleine Vereine, die ja doch nicht im Stande wären, einen Druck auf das Kapital auszuüben, denselben einen Damm entgegen zu setzen, sich in einen Verband, eine große Union zusammenzuschließen. Es gelangte dann einstimmig eine Resolution zur Annahme, in welcher sich die anwesenden Männer und Frauen mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden erklärten und dem neu zu gründenden Verband gewerblicher Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend dringenden befohlen. Die Versammlung endete mit einem dreifachen Hoch auf die zielbewusste internationale Arbeiterbewegung.

Eine sehr stark besuchte öffentliche Schmiede-Versammlung tagte am 15. September. Der Referent **Willarg** schilderte das Innungswesen der alten und neuen Zeit und wies nach, daß besonders das Schmiedehandwerk vom Innungswesen nichts Vortheilhaftes zu erwarten habe. Das Verhältnis zwischen

Meister und Geselle habe sich gegen früher auch vollständig geändert. Früher sei der Geselle mehr der kameradschaftliche Mitarbeiter des Meisters gewesen, heute heute der Letztere nur die Kenntniffe des Gesellen aus. Auf das Herbergereisen zu sprechen kommend, tabelte **Redner** auf scharfste die Zustände in der Herberge der Schmiede und Stellmacher Berlins, in welcher das Unglaubliche in Bezug auf die Behandlung der den Arbeitsnachweis benutzenden Kollegen geübt würde. Dabei sei noch in Betracht zu ziehen, daß der Arbeitsnachweis keineswegs unentgeltlich ist. Nicht nur die Schmiede und Stellmacher, sondern die gesammte Arbeiterschaft Berlins müsse gegen jene Uebelstände energisch Front machen. Die sehr beifällig aufgenommenen Ausführungen des Referenten wurden in der Diskussion von mehreren Kollegen durch Mittheilung drastischer Beispiele ergänzt. Man beschloß endlich, dem Beispiele der Stellmacher zu folgen und die Herberge, welche gleichzeitig Arbeitsnachweisbureau ist, nicht mehr zu besuchen, sondern ein eigenes Arbeitsnachweisbureau in dem in der Weberstr. 22 belegenen Lokale zu errichten. Die Arbeitsvermittlung, welche bekanntlich ein sehr gutes Schutzmittel für die Arbeiter gegen ausbeutungs-lustige Unternehmer ist, wird daselbst kostenlos gewährt. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Literarisches.

„Ein Appell an alle Arbeitgeber. Ein beschreibender Beitrag zur Beantwortung der Frage: Wie und wodurch wächst die Unzufriedenheit im Volke? Von **Alfons vom Rhein**. Frankfurt a. M., Fischer.“

Der Verfasser dieser 34 Seiten starken Schrift ist, wie aus derselben hervorgeht, Handlungsgehilfe und ein recht gutmüthiger, naiver Mensch. Er führt Erfahrungen und Beweise für die im allgemeinen viel zu wenig beachtete Thatsache an, daß Verheirathetheit in unserer Zeit ein großes Hemmnis für das Fortkommen ist, daß der Familienvater bei den Bewerbungen immer weniger Berücksichtigung findet. Er betrachtet ziemlich ausschließlich den kaufmännischen Beruf, in welchem diese Erscheinung am erschreckendsten austritt und denkt über die Abhilfe nach. Charakteristisch für seine Denkweise ist, daß er die schlimmste Folge dieser Thatsache nicht in der ungenügenden Existenz der Familien, in den unzufriedenen Ehen, auch nicht einmal in der dadurch mit bedingten Prostitution sieht, sondern in der Vermehrung der Unzufriedenheit, in dem Wachsthum der Sozialdemokratie. Die große Mutter spricht mit ihren Kindern über frühere Zeiten, über die Härte der Milneischen, den egoistischen Zug, der durch das All geht, die Verschwendung und Vergewaltigung der oberen Zehntausend, den Luxus der Reichen, die freudlose Höllichkeit gegenüber dem Geldmann und die schroffe, verletzende Behandlung des Unbemittelten, die Lebensverlängerung des kranken vornehmen Mannes, dessen Mittel ihm jegliche Hilfe zugänglich machen, dem sicheren, frühzeitigen Tode des in gleicher Weise armen Mannes und was der Dinge mehr sind. Die Noth ist die Urheberin solcher Gedanken.“ Das ist dem Verfasser das Schlimme. Als ob solche Gedanken nicht vernünftig wären, und als ob die Unzufriedenheit nicht der Stachel zum Fortschritt wäre. Der Verfasser vertritt an seiner Stelle, daß er vom Wesen der Sozialdemokratie etwas weiß. Und es fehlt ihm an allem sozialökonomischen Verständniß. Seine Vorschläge sind ein unbrauchbares „Möchte“, „sollte“. So sagt er: „Ich komme daher zu dem Schluß, daß es Pflicht jedweden Arbeitgebers ist, dem Familienvater bei sonstiger Gleichwertigkeit den Vorzug vor anderen Bewerber zu geben.“ Männer wie Frauen sollten aber dahin streben, die Arbeitskraft möglichst hoch im Preise zu halten und nicht noch selbst dazu beitragen, daß schamhafte Arbeitgeber immer häufiger wahre Hungerlöhne ihren Angestellten anzubieten wagen.“ Ja, aber wird die Pflicht zur That? Der Verfasser spricht S. 18 folgendes, durch seine naive Tautologie zum Wachen nöthigenden Satz aus: „Aber man würde nicht ungeschöne Worte in Thaten umwandeln, wenn man anfangs, dem Familienvater vor dem ledigen Mann den Vorzug zu geben, sondern auch“ u. s. w. Ganz so, wie Herr **Alfons vom Rhein** seine Anschauungen berichtigt würde, wenn er an die Stelle von falschem Nichtigem setzen würde. Es kann kaum überraschen, daß der Verfasser für Verheirathung der Frauenarbeit im kaufmännischen Beruf ist, merkwürdiger Weise aber nicht in gelehrten Berufen, da nur die erstere unnatürlich sei: warum, bleibt ein Geheimniß des Verfassers. Absonderlicher Weise will er dagegen, daß Gattin und Mutter bevorzugt werden, falls dieselbe sich in der betriebligen Lage befinden, um Arbeit anhalten zu müssen“. Er ist selbst für Beschränkung der Berechtigungsfreiheit und nennt es „eine Krankheit, den Sohn einen anderen Beruf als den eigenen ergreifen zu lassen“. Das Schriftchen ist bemerkenswerth als Beitrag zur Psychologie des Handlungsgehilfen-Standes und als Illustration der Nüchternheit des Gros dieses Standes. L.

Das Schulbücherwesen muß verstaatlicht werden. Ein Mahnruf an das deutsche Volk von **Dr. August Heinrichs**, Professor. Jittau, Pöhl, 1891.

Das 88 Seiten starke Büchlein, dessen Standpunkt und Inhalt der Titel hinreichend deutlich ausdrückt, ist von der bürgerlichen Presse nirgends erwähnt worden. Das ist jedenfalls charakteristisch. Wenn wir nun unerserzits zu dem Buche Stellung nehmen sollen, so müssen wir doch unterscheiden. Nach dem Verfasser soll der Staat oder lieber noch das Reich die Abfassung, den Druck, den Verlag und die Vertheilung aller Lehrbücher für alle Schulen, ausgenommen (einstweilen) die Universitäten, in die Hand nehmen. „Die Abfassung“ müssen wir streichen. Damit tritt der Schematismus an die Stelle des Persönlichen, was allerdings heute schon die Tendenz der Staatsschule ist. Aber was Herstellung und Vertheilung der Bücher betrifft, so hat der Verfasser Recht, und er führt hier gute Gründe an, hin und wieder zu viele, wodurch er den Leser drängt, auch die Gegenstände zu suchen und sich klar zu machen. Manche Angabe ist interessant, z. B. (S. 25): „Ein Mittergutsbesitzer, dessen Sohn ein preussisches Gymnasium besucht, bat für diesen Sohn schriftlich um Freischule, mit der Begründung, daß er 20000 Thaler in Bodenmeliorationen gesteckt hätte. Dasselbe Gymnasium wurde von den drei Söhnen eines anderen reichen Gutsbesizers besucht, der für seinen dritten Sohn schriftlich um Freischule bat und sein Besuch erst dann zurückzog, als er erfuhr, daß auch dritte Brüder nur dann Freischule beanspruchen könnten, wenn ihre Würdigkeit und Bedürftigkeit bewiesen sei.“ In der Begründung des Verfassers spielt die Unzufriedenheit mit der gegenwärtig üblichen Kritik eine Rolle. Da erwähnt er, daß ein Autor (Wöh) in der Vorrede einer späteren Auflage seines Buches sage: „Da die mir zahlreich zugegangenen Wünsche einander zu sehr widersprechen, so habe ich sie natürlich nur soweit benutzt, als es nicht gegen meine Ueberzeugung war“, und bemerkt dazu: „Diese Aeußerung allein würde genügen, um die ganze Hohlheit und Wirkungslosigkeit unserer heutigen Kritik zu kennzeichnen.“ Die Aeußerung ist aber doch ganz richtig. Von der Verstaatlichung des Schulbüchereiwesens erwartet der Verfasser als ganz selbstverständliche Wirkung, daß die auf Täuschung berechneten oder verkehrt unterstühenden gedruckten Hilfsmittel verschwinden. Das ist nicht einzuwenden. L.

Der amerikanische Sonntag. Kulturhistorische Skizze von **Karl R. North** (New-York). Zürich, 1891, Verlag „Magazin“. Der Verfasser skizzirt in interessanter Weise die Geschichte des englischen und amerikanischen Sonntags, schildert die Bemühungen der Mucker, die zunehmenden weltlichen Vergnügen am Sonntag zu besittigen (nach dem Motto: „Gedenkt des Sabbath's, auf daß Du Dich langweilest!“) und vertritt die Forderung: Nur Arbeitstage am Sonntag; jeder bringe den Sonntag zu, wie er will! Wenn der Verfasser aber die Sonntagstube der Post- und Eisenbahn-Beamten am Sonntag für unmöglich erklärt, so vergißt er, daß sie wohl abwechselnd zu einem freien Tag in der Woche bekommen können. L.